



**POLEN UND DEUTSCHE –
EINE SCHWIERIGE
NACHBARSCHAFT?**

**POLEN UND DEUTSCHE –
EINE SCHWIERIGE
NACHBARSCHAFT?**

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.
herausgegeben von
Lutz Höll und Manfred Neuhaus

Heft 25

ISBN 3-932725-16-6

© ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e. V. 1997
Sternwartenstr. 31
D-04103 Leipzig

Redaktion und Korrektur: Kurt Schneider
Titelillustration: entnommen aus Dialog. Deutsch-polnisches Magazin. Warszawa, Berlin
(1995)2–3. S. 32
Satz: Olaf Kirchner
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	5
Gerhard Voigt: Polen und Deutsche – Eine schwierige Nachbarschaft? Wandlung und Wahrnehmung	7
1. Determinanten des Wandels	
2. Wo liegt Polen?	
3. Näherungen an die politische Alltagskultur Polens	
4. Beispiele für polnisches Alltagsverhalten	
5. Sozioökonomische und politische Krise: Eine Begriffskritik	
6. Die Krisenlösungspotentiale Polens	
7. Literatur zum Thema Polen	
Wojciech Wiczorek: Polen zwischen Aufschwung und ...? Versuch einer kurzen Analyse	27
Peter Hamann: Der Blick über Oder und Neiße. Polen im Spiegel der deutschen Presse	33
1. Die deutsche Meinung zur polnischen Politik	
2. Hinter der Neiße beginnt der Osten	
3. Umfang und journalistische Form der Polen-Berichterstattung	
4. Die Darstellung der aktuellen Situation und der Entwicklung Polens	
5. Die journalistische Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen	
Zu den Autoren dieses Heftes	69
Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins	71

Vorwort

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind eine Kernfrage der Außenpolitik beider Staaten. Von ihrer Gestaltung sind wesentliche europäische Entwicklungsprozesse abhängig. Ohne gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ist der angestrebte Weg zur europäischen Einheit nicht gangbar.

Diese Problemstellung ist nicht reduzierbar auf das zwischenstaatliche Verhältnis, sondern schließt ebenso die Beziehungen zwischen den Menschen beider Länder ein. Auf diesen Sachverhalt gehen die Autoren dieses Heftes ein, kennzeichnen Fortschritte und Schwierigkeiten, zu deren Abbau sie beitragen wollen. Hierbei geht es ihnen um die deutsche Komponente, denn seit dem 3. Oktober 1990 steht nach wie vor für viele Polen die Frage: Was haben wir nunmehr von den Deutschen als Nachbarn und Europäer zu erwarten?

Der Rosa-Luxemburg-Verein e. V. hat seit seinem Bestehen den Fragen der Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das war und ist verbunden mit den Bemühungen, Partner zu finden und mit ihnen gemeinsam zu debattieren. So sind die Beiträge von Herrn Wojciech Wieczorek, ehemaliger Botschafter der Republik Polen in der DDR und später Leiter der Berliner Vertretung der Botschaft der Republik Polen in der BRD, und Herrn Gerhard Voigt (Hannover) überarbeitete bzw. ergänzte Vorträge, die sie auf einem Diskussionspodium, veranstaltet vom Polnischen Institut Leipzig und der Stiftung Runder Tisch e.V. Sächsisches Bildungswerk, gehalten haben. Wir danken beiden Institutionen für ihre Unterstützung, die sie der Veröffentlichung genannter Vorträge gewährt haben.

Der analytische Beitrag von Dr. Peter Hamann wurde im Rahmen der »Projektgruppe Toleranz und Völkerverständigung. Sächsisch-polnische Nachbarschaft« beim Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig, die von Prof. Dr. Walter Jopke geleitet wurde, verfaßt.

Kurt Schneider

GERHARD VOIGT

Polen und Deutsche – Eine schwierige Nachbarschaft? Wandel und Wahrnehmung

1. DETERMINANTEN DES WANDELS

In Polen wie in Deutschland korrespondiert der sozioökonomische Wandel der »Wendezeit« mit einem tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur und des politischen Bewußtseins. Es wäre zu einfach, hierin nur eine »Widerspiegelung« der ökonomischen und sozialen Krisenerfahrungen zu sehen; tatsächlich korrespondiert der Wandel der politischen Kultur mit der globalen Durchsetzung neuer Realitätsdefinitionen. Vordergründig hängt dies mit der Universalisierung einer »Informations- und Mediengesellschaft« zusammen, eher aber spiegeln sich auch in diesen Universalisierungstendenzen¹ grundlegende Unsicherheiten über Zustand und Zukunft der »Weltgesellschaft«, in der wir noch vor wenigen Jahren die einzige Hoffnung für eine friedliche Entwicklung aller Völker sahen und in die wir unsere Konzepte der transnationalen Nachbarschaften und einer neuen interkulturellen Bildung einfügen wollten.

Anstelle dessen eine wachsende Zahl von Kriegen, Bürgerkriegen, Sozialkatastrophen und globaler krimineller Netzwerke: Angst bestimmt weithin das heutige Bild von der Zukunft. In den »reichen Industriestaaten« bedeutet das die Politik der Eindämmung und Abschottung, der »Festung Europa«, bei der wohl auch die Randstaaten wie Polen, Ungarn oder die Türkei trotz aller Abhängigkeiten als befreundete Grenzstaaten außerhalb des »neuen Limes«² bleiben müssen, mit dem sich Mitteleuropa seinen Wohlstand wie seine demokratische Lebensform schützen will, und gegen den sich auf der anderen Seite der Welt die Ideologien der grundsätzlichen Ablehnung und Feindschaft etablieren, die auf Kontakt oder gar Frieden und

1 Siehe Bernhard Claußen: Von der nationfixierten Systemapologetik zum interkulturellen Lerndiskurs. In: Interkulturelles Lernen. Hrsg. von Gerhard Voigt. Hannover (1993) S. 55ff.

2 Siehe Jean-Christophe Rufin: Das Reich und die neuen Barbaren. Berlin 1993.

Freundschaft, die sie als verlogen zurückweisen, nicht den geringsten Wert mehr legen.³

Können wir hier in Mitteleuropa, die wir doch für den Weltfrieden, Gerechtigkeit und interkulturelle Toleranz eintreten wollen, die naheliegende Resignation überwinden? Können wir in unserem begrenzten Arbeitsbereich, konzentriert auf die Veränderung der gesellschaftlichen Situation in unseren eigenen Ländern und auf Kontakte und Ausgleich mit unseren europäischen Nachbarn, in unserem Falle konzentriert auf das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland, etwas bewegen, verändern, zum Besseren wenden?

Das deutsch-polnische Verhältnis hat in diesem Rahmen verschiedene Dimensionen: historisch-zeitgeschichtliche Lasten und Chancen, Auseinandersetzung mit dem sozioökonomischen Wandel und der eigenen Krisenerfahrung, Chancen des interkulturellen gegenseitigen Lernens, d. h. in der Unterschiedlichkeit der Wahrnehmungen die Gemeinsamkeiten menschlicher Existenz zu entdecken, die Rolle eines sich einenden Europas in der Welt neu zu überdenken.

2. WO LIEGT POLEN?

Der *Geograph* wird beim Thema Polen zunächst zwei auffällige Charakteristiken wahrnehmen: die zumindest im Westen und im Osten wenig einleuchtende staatliche Grenzziehung und im polnischen Gebiet selbst die auffällige regionale Disparität. Wirtschaftsstruktur, Bevölkerungsverteilung und Qualität des ökonomischen Wandels zeigen deutliche Süd-Nord-, West-Ost- und zentral-periphere Gefälle.

Die Erklärung dieser Phänomene ist keineswegs durch die reine Raumanalyse und erst recht nicht durch die Bewertung der naturgeographischen Geofaktoren zufriedenstellend zu erhalten. Andererseits dürften beide Beobachtungen in ihrer Entstehung miteinander verknüpft sein: *durch die Besonderheiten und Brüche der Geschichte des polnischen Staates*. Notwendig ist schon zum Verständnis der geographischen Großstrukturen der historisch-geographische und damit tendenziell interdisziplinäre Ansatz. Die Grenzziehungen reflektieren die wechselvolle staatliche Geschichte Polens von den polnischen Teilungen, dem Wiedererstehen Polens nach dem ersten Weltkrieg, der deutschen Okkupation 1939 und der Neubestimmung

3 Islamischer Fundamentalismus, der »Leuchtende Pfad« in Peru, »Rote Khmer« usw.

des polnischen Territoriums durch den Potsdamer Vertrag und die Verträge, die jetzt zur mitteleuropäischen Friedensregelung geführt haben.

Alte Grenzen im heutigen polnischen Territorium sind noch als strukturelle Bruch- und Schwächezonen im Wirtschaftsraum wie vor allem in der infrastrukturellen Ausstattung, alte räumliche Einheiten, die über die heutigen Grenzen hinausreichen, als periphere Ausrichtungen der wirtschaftlichen Aktivitäten zu erkennen. Als Beispiel sei hier die mangelnde Kapazität der Süd-Nord-Magistrale vom Oberschlesischen Industrievier (GOP) zu den Ostseehäfen der »Dreistadt« (Danzig, Sopot, Gdingen) zu nennen, die das wirtschaftliche Wachstum behindert und in der Streikzeit um 1980 Angelpunkt von Protestaktionen war, die mit minimalen Mitteln das Funktionieren der polnischen Volkswirtschaft kurzfristig lahmlegen konnte. In diesem Zusammenhang können nicht nur Kenntnisse über die spezifische Situation in Polen, sondern vielmehr auch allgemeine Einsichten über den historisch-geographischen Zusammenhang von staatlichen Veränderungen, Raumstrukturen und Problemen der ökonomischen Integration eines Raumes über alte trennende Strukturen hinweg vermittelt werden. Die Übertragbarkeit dieses Ansatzes z. B. auf die Situation in vielen, willkürlich aus Kolonialinteressen heraus zugeschnittenen Staaten in der Dritten Welt und ihren daraus resultierenden politischen und sozioökonomischen Konflikten ist offensichtlich. In einem weiteren Schritt der didaktischen Sachanalyse wird der augenblickliche Wandel in Polen zu thematisieren sein.

An dieser Stelle seien einige Grundzüge der heutigen polnischen Situation charakterisiert. Die ökonomische Krise in Polen kündigte sich schon seit längerem an. Die auf Wachstum des Lebensstandards und der Konsumgüterproduktion gerichtete Wirtschaftspolitik der Ära Gierek führte zu einer nicht rückzahlbaren Staatsverschuldung und zum Ende beinahe jeder notwendigen Kapitalerhaltungs- oder gar Zukunftsinvestition, wodurch die polnische Volkswirtschaft den technologischen Anschluß an die internationale Entwicklung in den meisten Sektoren verlor – was eine heutige Modernisierung der Wirtschaft um so teurer und schwieriger macht. Gründe liegen sowohl in der Zinsentwicklung auf den internationalen Kapitalmärkten und der internationalen Nachfrage- und in Teilen der Schwerindustrie Überangebotskrise, die Polen nicht zu vertreten hat, wie andererseits in system- und politikbedingten Fehlentwicklungen im Lande selbst, die sich mit Planungschaos, mangelnden Reinvestitionsquoten, im sozialistischen Planungssystem verwurzelter Vernachlässigung der Entwicklung rohstoff- und energiesparender Technologien und Defiziten im Ausbau einer modernen Infra- und Versorgungsstruktur beschreiben lassen. Das legt es nahe,

sich grundsätzlicher und kritischer mit dem Begriff der »Krise« zu beschäftigen. Eine differenzierte Analyse zeigt, daß gerade im Bereich der ehemaligen sozialistischen Planwirtschaften deutlich zwischen Transformationskrisen, Strukturkrisen und Systemkrisen zu unterscheiden ist.

Transformationskrisen im Übergang zur Marktwirtschaft sind vorübergehende Umstellungs- und Koordinationsprobleme, partielle Ungleichzeitigkeiten und Dissynchronisationen zwischen den Wirtschaftssektoren, den Wirtschaftsräumen und den gesellschaftlichen Formationen (Staat, Unternehmungen, Verbände), wie wir sie weiter unten mit Daten genauer erläutern werden. Doch legt die Analyse von Transformationskrisen die Prognose nahe, daß hier vor allem die Selbstregelungskräfte des Marktes und die Entscheidungswege des politischen Systems mittelfristig wieder zu einem stabilen Zustand führen werden.

Anders sieht es bei einer Diagnose als »Strukturkrise« aus. Zunächst sind damit die räumlichen und sektoralen Disparitäten gemeint, von denen wir oben mit Bezug auf die polnische Geschichte gesprochen haben.

Aus der historischen Geographie wissen wir um die große Persistenz räumlich verfestigter Strukturen sogar über einen mehrfachen Funktionswechsel hinweg. Was im Kleinen im Bereich der Stadtgeographie – z. B. in der Erhaltung und neuen Nutzung historischer Stadtkerne oder alter Befestigungsanlagen, die gerade deshalb auch in Polen eine identitätsstiftende Rolle für die Bevölkerung spielen – selbstverständlich ist, kann in den wirtschaftsräumlichen Strukturen ebenfalls beobachtet werden, wobei hier die Erhaltung von wertvollen vernetzten Infrastrukturen, Basisinvestitionen und der Entwicklung von wirtschaftlichen Agglomerationsvorteilen die wesentlichen strukturkonservierenden Faktoren sind.

In Zeiten der ökonomischen Krise verstärken sich in vielen Fällen die regionalen Disparitäten und die Vorteile der hochagglomerierten Wirtschaftsräume (über alle Auffälligkeiten dezentraler Neuinvestitionen hinweg). Diese Strukturkrise verlangt daher ein bewußt zukunftsgerichtetes Planungskonzept; das »freie Spiel der Marktkräfte« führt im Gegensatz zur Transformationskrise nicht zur Lösung sondern gerade zur Verstärkung von Strukturkrisen. In Polen ist dies vor allem an der Karte der wirtschaftsräumlichen Differenzierung der Entwicklungschancen deutlich zu erkennen: Kapital zieht Kapital, Wachstum zieht Wachstum an.

Systemkrisen schließlich sind grundlegende Probleme in der Steuerung und Anpassung gesellschaftlicher Strukturen, die nur teilweise deckungsgleich sind mit den Krisen im politisch-staatlichen oder ökonomischen Steuerungssystem (Planwirtschaft, Marktwirtschaft: die »Transformations-

Krisen«!), in einem tieferen Sinne aber auf Grundstrukturen der politischen Kultur eines Landes bzw. einer Gesellschaft zurückzuführen sind und damit die Krisenlösungskompetenz und das Alltagsverhalten gegenüber Konflikten und Problemen meint.

Gerade hier leistet das Thema Polen einen bedeutenden Erkenntniszuwachs, wenn die historisch-gesellschaftlichen Bedingungen der politischen Kultur thematisiert oder in eine komparative Unterrichtsstrategie einbezogen werden. Es sei hier kurz der grundlegende, vergleichende Ansatz charakterisiert, um zu verdeutlichen, wie das Thema Polen einen Beitrag zur interdisziplinären thematischen Arbeit leisten kann. Ausgangspunkt ist die entweder in Polen selbst gemachte oder aus geeigneten Quellen erarbeitete Beobachtung, daß gewisse Züge des Alltagsverhaltens, z. B. im Umgang mit lokalen Problemen oder in der Kommunalpolitik, aber auch im gesellschaftlichen Umgang miteinander, aus deutscher Perspektive überraschend erscheinen und nicht immer sofort nachvollziehbar sind.

3. NÄHERUNGEN AN DIE POLITISCHE ALLTAGSKULTUR POLENS

Die politische Alltagskultur eines Landes steht im Spannungsfeld der aktuellen Konfliktwahrnehmung, der Bewertung und Deutung dieser Realitäten vor dem Hintergrund der durch den Sozialisations- und Enkulturationsprozeß verinnerlichten Urteilsfähigkeit bzw. der verfestigten ideologischen und stereotypen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, und der politischen Kultur eines Landes bzw. einer Gesellschaft, in der sich die kollektiven historischen Erfahrungen widerspiegeln und die Spannweite der Reaktions- und Wahrnehmungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen und zeitgeschichtlichen Alltagskonflikte und Realitäten markieren. Durch Herrschafts- und Machtverhältnisse, die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung der Medien und der herrschenden Schichten durchgesetzte Situationsdefinitionen bestimmen dann innerhalb des skizzierten Spannungsrahmens das konkrete gesellschaftliche Verhalten der Gesellschaft. Dieses ist vorberechenbarer Determination ebenso weit entfernt wie individualistischer Zufälligkeit.

Ohne hier eine ausführlichere gesellschaftswissenschaftliche Begründung ausführen zu können,⁴ fallen folgende, pauschalisiert formulierte Charakterzüge polnischen Alltagsverhaltens auf: Staats- (und Institutions-)ferne

4 Ich folge hier den Konzepten von Elias, Krippendorff und Smolicz. Siehe die Literaturhinweise am Ende dieses Beitrages.

und Staatskepsis, Ablehnung einer abstrakten Staatsraison oder eines allgemein formulierten Allgemeinwohls, Alltagsanarchismus und Widerstandsbereitschaft, positive Bewertung »subversiver« Interessendurchsetzungen, Gruppen- und Familiensolidarität, Gastfreundschaft und ritualisiertes Höflichkeitsverhalten. In drei Schritten einer historischen Analyse können diese Züge der politischen Kultur Polens als sinnhafter kollektiver Erfahrungsschatz des polnischen Volkes und als historisch begründete Überlebensstrategien herausgearbeitet werden:

Erstens: In der Neuzeit und im 20. Jahrhundert erlebte Polen staatliche Herrschaft vor allem als Oktroy, Okkupation und Fremdherrschaft (polnische Teilungen, Naziokkupation und Ausrottungsversuch der polnischen Kultur und Identität, Volksrepublik in Abhängigkeit von der sowjetischen Hegemonialmacht) oder als halbherzige und schwache Versuche, polnische Interessen durchzusetzen (Polen nach dem Ersten Weltkrieg, Reformbestrebungen der Volksrepublik jeweils nach Unruhen und Aufständen). Der Staat wird grundsätzlich als Gegner oder bestenfalls als notwendiges Übel erlebt; Gegenstrategien zu entfalten erscheint sinnvoll und für das Überleben erfolgsversprechend.

Zweitens: In der Adelsrepublik der Szlachta-Gesellschaft mit ihrem Wahlkönigtum herrschte eine bizarre Melange anachronistischer Freiheitsvorstellungen aus dem freibäuerlichen Mittelalter,⁵ der Macht feudaler Magnatenfamilien vor allem im litauischen Landesteil und moderner liberaler Gesellschaftsideen, die auf die französische Revolution befruchtend einwirkten und zum Schreckensbild der absolutistischen und restaurativen Monarchien West- und Mitteleuropas und Rußlands wurden. An diesen inneren Anachronismen und Spannungen zerbrach schließlich das polnische Staatswesen.⁶ In der politischen Kultur blieb als gemeinsamer Nenner der gesellschaftlichen Fraktionierungen die Idee der persönlichen Freiheit und Integrität und die Ablehnung der Zumutungen einer Staatsraison erhalten.

Drittens: Noch weiter zurück führt die historische Analyse in die Gründungsphase des Piastenstaates, die im deutlichen Gegensatz zu der lokal

5 Liberum veto und Konföderationsrecht im Sejm. Siehe Feo Jernsson: Polen. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat im Wandel. Geschichte und Staat. Bd. 156. München 1971. S. 59. – Leo Nettelmann/Gerhard Voigt: Polen – Nation ohne Ausweg? Eine Einführung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Umwelt. Geschichte und Staat. Bd. 274. München 1986. S. 24.

6 Siehe u. a. Feo Jernsson: Polen. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat im Wandel. München 1971. – Jörg K. Hoensch: Geschichte Polens. Stuttgart 1983. – Gotthold Rhode: Geschichte Polens – Ein Überblick. Darmstadt 1983.

kaum gebundenen germanischen Kriegerstamm-Gesellschaft zum Ausgang der Völkerwanderungszeit steht, aus der sich, mit Einbeziehung römischer Imperiumsideen, schließlich das römisch-deutsche Frankenreich mit seiner allein militärische Interessen repräsentierenden fränkischen Grafenschaftsordnung entwickelt. In Polen bleiben aber am Ende der Völkerwanderungszeit die freien, grundgebundenen und ökonomisch in Subsistenzwirtschaft weitgehend autarken Bauernfamilien gesellschaftsbestimmend. Es ist hier von einer nicht-etatistischen Vergesellschaftung zu sprechen. Die innergesellschaftliche Befriedungsfunktion vollzieht sich über die frühslawische Bruderschaftsideologie, in die später christliche Wertvorstellungen einfließen, und den darauf aufbauenden Konsens über Gleichwertigkeit und Integrität der Bauernfamilien, die damit zur Grundlage eines Bauernadels werden, der Szlachta, die noch in der Neuzeit zeitweise über 30% der Gesamtbevölkerung ausmacht und die ihre Interessen in der Adelsversammlung, dem Sejm, unter Gleichen aushandelt. Der Frieden im täglichen Umgang wird durch einen ausgeprägten Ehrenkodex gesichert, der sich in Höflichkeit und Gastfreundschaft ausdrückt.

Es ist für weiterführende Vergleiche interessant, daß eigentlich in allen Gesellschaften, in denen sich starke staatliche Zentralgewalten nicht herausgebildet haben oder diese nur oktroyiert waren, ähnliche gesellschaftliche Umgangsstile und Freiheitsideen, aber auch die Betonung der Schutzfunktion von Familie, Gentes, Clan oder Klientel entwickeln konnten, so z. B. im Nahen Osten, der dabei erstaunliche Parallelen zur politischen Kultur Polens aufweist.⁷ Erst als der mittelalterliche Grundkonsens des gegenseitigen Respekts verloren geht, wird das liberum veto zu einem politischen Destruktionsmittel, das schließlich die gesellschaftliche Einheit zersprengt.

Gerade in Polen sind die Formen des Umgangs mit der Krise, sind aber auch überraschend positive Erfolge der heutigen Reformpolitik nur dann angemessen zu verstehen, wenn der historische Hintergrund mit berücksichtigt wird. Gleichzeitig ist für ein Engagement der deutschen Wirtschaft in Polen, das von beiden Staaten durchaus gewünscht und gefördert wird, nur dann erfolgversprechend, wenn die polnische zeitgeschichtliche Erfahrung bekannt und berücksichtigt ist, da diese auch das Wirtschaftsverhal-

7 Siehe Hans G. Kippenberg: Jeder Tag 'Ashura, jedes Grab Kerbala. Zur Ritualisierung der Straßenkämpfe im Iran. In: Religion und Politik im Iran. Mardom narneh – Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Mittleren Ostens. Frankfurt am Main 1971. S. 223f. – Gerhard Voigt: Tradition oder Umbruch? Erlebnisse im Nahen Osten. Hannover 1989. S. 24–31.

ten sowohl der Arbeiter als auch der polnischen Unternehmer prägt. Darüber hinaus liegt das Potential der Beschäftigung mit Polen in der Möglichkeit der Verallgemeinerung der Krisenanalyse, die Vergleiche mit anderen ehemaligen RWG-Staaten und mit den Krisenerscheinungen im Gebiet der ehemaligen DDR sinnvoll erscheinen läßt, und in einer interdisziplinären Behandlung der allgemeinen Probleme der politischen Kultur und der Krisenlösungskompetenz einer Gesellschaft, was wiederum den Vergleich mit Deutschland herausfordert (wobei Deutschland sicherlich nicht immer als überlegen erscheinen wird!) – es ist von Polen für die eigene Lebenssituation zu lernen.

4. BEISPIELE FÜR POLNISCHES ALLTAGSVERHALTEN⁸

Nehmen wir als ersten Interpretationsanlaß zunächst ein Beispiel aus dem Wohnungsbau in Danzig. Im Danziger Vorort Oliwa befindet sich eine der größten Plattenbau-Wohnanlagen Nordpolens, in der vor allem Werftarbeiter der *Danziger Werft*, ehemals Lenin-Werft, untergebracht sind. Auch Lech Wałęsa lebte hier mit seiner Familie jahrelang. Dieses Neubaugebiet mit durchaus unterschiedlichen Wohneinheiten galt zunächst – ähnlich wie das Märkische Viertel in Westberlin oder Bijlmermeer bei Amsterdam – als besonders fortschrittliches architektonisches Konzept des sozialen Wohnungsbaus und einer neuen, preiswerten Wohnkultur. Daß sich hier, auch in Oliwa, seither die Beurteilungen, Maßstäbe und Wertungen geändert haben, ist allgemein bekannt. Doch nicht das ist unser Thema. Verwunderlich erscheint es dem fachlich interessierten Besucher, daß in den Bauplänen einige Hausblöcke an anderer Stelle gezeichnet und geplant wurden, als sie tatsächlich gebaut worden sind, und daß genau bei diesen Blocks die Straßenverkehrsführung einige umständliche Umwege aufweist. Nun wäre es zu einfach, das Schlagwort der »polnischen Wirtschaft« hier anzuwenden. Die Gründe liegen woanders: In der ursprünglichen Planung gab es Probleme mit dem Anschluß der Fernheizung; einige Heißwassertrassen waren einfach zu lang bzw. in ungünstiger Lage, so daß große Wärmeverluste zu erwarten waren. Auf der Baustelle wurde dann diese Planung unmittelbar vor Ort korrigiert; die befürchteten Mängel konnten durch eine veränderte

8 Siehe Gerhard Voigt: Polenreisen in Zeiten der gesellschaftlichen Krise. In: Junge Deutsche und Polen begegnen sich. Schüleraustausch und Studienreisen. 2. Auflage. Hannover 1993. S. 39–76.

Anordnung der Wohnblocks vermieden werden; doch der Straßenbau wurde bei dieser Korrektur nicht hinreichend informiert, so daß in einer späteren Ausbauphase in der Trassenführung improvisiert werden mußte. Wo liegt jetzt das der politischen Kultur entsprechende »typisch Polnische« in diesem Beispiel? Sicher nicht in den erkannten Planungsmängeln und auch nicht in dem Versuch, diese möglichst sinnvoll zu korrigieren. Typisch und von üblichen Lösungen in Deutschland abweichend war es jedoch, daß die zentrale Planungsbehörde, die Genehmigungsbehörde – also der Staat –, nicht informiert und in die Korrektur nicht mit einbezogen wurde. Ich interpretiere dies mit dem meist durchaus berechtigten Mißtrauen der fachlich kompetenten Bauleiter vor Ort, ob die Veränderungsvorschläge in der Planungsbürokratie überhaupt verstanden, sinnvoll umgesetzt und jemals rechtzeitig an die Baustellen zurückgegeben worden wären. Kennzeichen des polnischen Verhaltens: Mut zur eigenen Initiative, Improvisationstalent und Ablehnung bürokratischer Genehmigungsverfahren. Problem dieses Vorgehens: Mit beteiligte Interessen, wie der Straßenbau, die durchaus auch Aspekte des Gemeinwohls repräsentieren, werden nicht konsultiert und sind daher in der nächsten Handlungsrunde selbst wieder zur Improvisation gezwungen. Das Endergebnis wirtschaftlichen und planerischen Vorgehens ist in Polen, verallgemeinert man dieses Beispiel, weitaus weniger vorhersehbar als in Deutschland; merkwürdigerweise funktioniert es aber doch, oft besser als Großprojekte bei uns.

Ein negativeres Beispiel soll diese Grundeinstellung noch verdeutlichen. In Gdynia (Gdingen) befand sich jahrelang ein staatliches Betonplattenwerk mitten in einer neu gebauten Wohnsiedlung und störte die Wohnqualität durch Emissionen und Lärm ganz erheblich, vor allem da die Straßen nicht für die schweren LKW ausgebaut waren. Ursprünglich war dieser Standort wegen der kurzen Wege zu den Baustellen durchaus sinnvoll; später stellte der Staat einen Ersatzstandort bereit und verfügte den Umzug. Nichts geschah. Der angestellte Direktor verweigerte einfach die Kooperation. Das hatte sicher auch Gründe im politischen Machtkampf in der PVAP in Gdingen, in der der Direktor zur privilegierten Nomenklatura zählte und zur Kooperation mit übergeordneten Stellen in der staatlichen Hierarchie nur gegen weitere Einflußkonzessionen bereit war. Wichtigere Begründung war jedoch, daß er die Produktionsunterbrechung während des Umzuges nicht für wirtschaftlich tragbar hielt. Damit hatte er die Unterstützung der übrigen Beschäftigten. Interpretation: die lokalen Machthaber und Honoratioren haben eine sichere Hausmacht und dadurch größeren Einfluß als zentralstaatliche Institutionen, die sich oft nicht gegen sie durchsetzen können.

Loyalität gegenüber dem Staat und einem wie auch immer definierten abstrakten Gemeinwohl wird weder erwartet noch gewährt. Respekt genießt derjenige, der sich gegen den Staat durchsetzt, selbst wenn er formal selbst Staatsbeamter ist.

Ein drittes Beispiel, wieder aus Gdynia (Gdingen): die längst notwendige Hafenerweiterung konnte über Jahrzehnte nicht durchgeführt werden, obwohl die Planungen abgeschlossen, die notwendigen Grundstücke im Besitz des Staates und sogar schon Überquerungsbrücken für Straße und Eisenbahn über das noch nicht gebaute neue Hafenbecken hinweg fertig und im Betrieb waren. Grund: auf dem staatlichen Grund und Boden hatten sich ohne Rechtstitel seit Jahren Besitzer von in Eigenarbeit erstellten Einfamilienhäusern angesiedelt. Die Sympathie der Bevölkerung lag eindeutig auf der Seite der Häuslebauer. Einen drastischen politischen Konflikt, den eine Zwangsräumung verursacht hätte, konnte und wollte der Staat nicht riskieren; die Tradition der Aufstände und Unruhen und ihre Konsequenzen wie Regierungssturz und Legitimationsverlust des Systems ist allen Regierenden nur allzu gut im Bewußtsein. Nun wird von der Stadt mit hohem finanziellen Aufwand Haus für Haus abgekauft und neuer Wohnraum bereitgestellt. Der Hafenausbau hat begonnen.

Nun könnte – sicher zu recht – eingewendet werden, daß es sich hier um drei Beispiele aus der Zeit der Volksrepublik Polen handelt, folglich um Beispiele »sozialistischer Korruption und Planwirtschaft«. Dies trifft aber nicht den Kern des Sachverhaltes. Einerseits sind bei genauem Hinschauen die repräsentierten Verhaltensformen durchaus nicht typisch für die Fehlentwicklungen des ehemals »real existierenden« Sozialismus (vielleicht bis auf das zweite Beispiel aus Kreisen der »Nomenklatura«), sondern sie zeigen gerade das Gegenteil: individuelle Zivilcourage und Staatsferne; und sie zeigen, daß der polnische Staat – gezwungenermaßen? oder aus eigener Überzeugung? – diese Verhaltensformen hinnahm und als selbstverständlich akzeptierte. Andererseits finden sich in Polen vergleichbare Verhaltensweisen in der Zeit der polnischen Teilungen oder im existenzbedrohten politischen Untergrund in der Okkupationszeit ebenfalls. Die Beispiele zeigen daher nicht in Polen aktuell entwickelte Verhaltensweisen gegenüber der ungeliebten Volksrepublik, sondern historisch verwurzelte Verhaltensweisen gegenüber dem Staat als solchem. Und das unterscheidet die polnische politische Alltagskultur deutlich von den etatistisch vergesellschafteten mitteleuropäischen Staatsnationen.

5. SOZIOÖKONOMISCHE UND POLITISCHE KRISE: EINE BEGRIFFSKRITIK

Es ist allgemein üblich, nicht nur die Situation in den ehemaligen RGW-Staaten, sondern den Zustand der Weltwirtschaft insgesamt mit dem Begriff »Krise« zu kennzeichnen. Der analytische Wert dieser Charakterisierung ist jedoch gering und trägt wenig zum Verständnis der Ursachen und zum Abschätzen möglicher »Krisenlösungswege« bei. Die verkürzte volkswirtschaftliche Sicht gesellschaftlicher Wandlungsprozesse läßt sich noch am ehesten mit dem Schlagwort von Joan Robinson als »Krise der ökonomischen Theorie«⁹ bezeichnen. So ist es sinnvoll, an dieser Stelle noch einmal unter ökonomischen Vorzeichen auf eine kritische Diskussion des Krisenbegriffes zurückzukommen und diese am polnischen Beispiel mit Daten zu belegen.

Die Fixierung auf ökonomische Globaldaten führt im konkreten Beispiel zu verzerrten und unpolitischen Beurteilungen einer konkreten Situation. Das kann am Beispiel Polens deutlich gemacht werden. Die Rahmendaten der volkswirtschaftlichen Entwicklung erscheinen zunächst positiv:

Nach drei Jahren:

	1990	1991	1992
BSP (%)	-11,6	-7,6	0,5-0,2
Industrieumsatz (%)	-24,2	-11,9	4,2
Landwirtschaft (%)	-2,8	-2,0	-12,0
Inflation (%)	586	70	43-44
Arbeitslosenquote (%)	5,2	10,7	13,6
Haushaltsdefizit (Milliarden Zł)	+2,4	-31,0	-69,3
Realeinkommen (%)	-24,4	-0,3	-3,6
Außenhandelsbilanz (Millionen \$)	+2214	+51	+734
Anteil der Beschäftigten im privaten Sektor, ohne Landwirtschaft (%)	33,6	40,3	44,4

Die Daten¹⁰ weisen aus, daß Polen die »ökonomische Krise« – besser als andere ehemalige RGW-Staaten, vergleichbar eventuell noch mit Un-

9 »Nicht allein die Wirtschaftskrise hat den Bankrott der akademischen wirtschaftstheoretischen Lehre deutlich gemacht. Die Gedankenstrukturen, die sie vermittelt, hatten sich schon lange vorher als hohl erwiesen.« (Joan Robinson: Zur Krise der ökonomischen Theorie. In: Wirtschaftspolitik – kontrovers. Hrsg. von D. B. Simmert. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bd. 146. Bonn 1979. S. 57.)

10 Angaben aus Polityka. Warszawa (1993)6.

garn und der Tschechischen Republik – im Großen und Ganzen gut gemeistert hat, wie die Entwicklung des Bruttosozialproduktes, der Abbau der Staatsverschuldung und der Inflationsrate und der Industrieumsatz zeigen. Daß diese Daten dennoch interpretationsbedürftig sind, wird deutlich durch methodische Einreden. Prozentuale Veränderungen müssen an den absoluten Ausgangswerten gemessen werden, wobei der Zusammenbruch der Produktion 1989/90 eine positive statistische Trendwende nicht nur leicht macht, sondern nahezu unvermeidlich erscheinen läßt. Darüber hinaus sind bei näherer Untersuchung der Ausgangsdaten einige Fragezeichen an der Gültigkeit und Vergleichbarkeit zu setzen, da sich durch die grundlegende Veränderung des Planungssystems und der Steuergesetze die Datenerhebung selbst im Umbruch befindet.

Noch nicht hinreichend betont sind auch die hervorstechenden negativen Daten bei den Angaben zu Arbeitslosigkeit und zur landwirtschaftlichen Produktion, die für die polnische Gesellschaft und die Legitimität des politischen Wandels von besonderer Bedeutung sind, prägen sie doch den Alltag jedes einzelnen. Dabei ist bei den Arbeitslosenzahlen sowohl von einer noch größeren Zahl nicht erfaßter, weil nicht gemeldeter Arbeitsloser – worin sich wohl vor allem auch eine wachsende Frauenarbeitslosigkeit versteckt –, als auch von einer erheblichen »verdeckten Arbeitslosigkeit« in unproduktiven Beschäftigungsverhältnissen und in eigentlich konkursreifen Großbetrieben der Grundstoff- und Schwerindustrie (Huta Katowice, Nowa Huta, Großwerften)¹¹ auszugehen.

So sind zwei Seiten dieser »materiellen Krise« gegenüber zu stellen: die Systemkrise des ökonomischen Systems der Volksrepublik, die zu einer Transformationskrise des heutigen Polens geworden ist und die sowohl durch die marktwirtschaftliche Eigendynamik als auch durch die – wenn auch wechselnde und in ihren Zielen nicht durchweg konsistente – Wirtschaftspolitik überwunden werden kann und schon überwunden wird, und die soziale Krise des Erlebens täglicher Probleme und mangelnder Zukunftsperspektiven für die »Verlierer des sozioökonomischen Wandels«.

11 Siehe Marek Dutkowski/Gerhard Voigt: Werftkrise: Krisendynamik und Raumwirksamkeit. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie. 33(1989)3. S. 136–150. – Gerhard Voigt/Marek Dutkowski: Die Danziger Werft – Symbol der Krise und der Erneuerung. Praxis Geographie. 22(1992)4. S. 26–31. – »Gazeta Gdanska«. Gdansk vom April 1990. – Zu den gescheiterten Verkaufsverhandlungen der Danziger Werft siehe Manfred Pawlitta/Daniela Schlichtig: Strukturprobleme der polnischen Wirtschaft. Praxis Geographie. 22(1992)4. S. 32–36.

Der umfassende Begriff »Krise« greift zu kurz und differenziert die gesellschaftliche Situation zu wenig. Es sind zu unterscheiden: *Transformationskrisen* – Krisenerscheinungen, die sich aus der instabilen Lage beim Übergang von einer zu einer anderen Wirtschafts- und Staatsordnung ergeben; *Systemkrisen* – Krisenerscheinungen, die sich aus »Fehlern« im Steuerungsmodell eines Wirtschafts- oder Staatssystems ergeben (rechtliche und ökonomische Unvereinbarkeiten, Kommunikationsbarrieren, konkurrierende Eliten: solche Systemkrisen treten regelmäßig in allen Gesellschaftsordnungen auf); *Strukturkrisen* – Deformationen, Disproportionen und Brüche in der räumlichen und sozialen Struktur einer Gesellschaft, die die Brüche und Krisen der erlebten und erlittenen Geschichte widerspiegeln.

Wirtschafts- und sozialgeographisch treten in Polen diese Strukturdisparitäten sehr deutlich in den Vordergrund und widerspiegeln in gewisser Weise die polnische Geschichte, die Teilungszeiten und die Grenzverschiebungen im 20. Jahrhundert. In der Arbeitslosigkeit ist ein deutliches Süd-Nord-Gefälle im Oberschlesischen Industriegebiet (GOP) zur Ostseeküste, im marktwirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklungsstand dagegen ein West-Ost-Gefälle und damit zusammengefaßt in der Beurteilung der ökonomischen Perspektiven der einzelnen Wojwodschaften ein Südwest-Nordostgefälle zu erkennen, das von den üblichen zentral-peripheren Disparitäten der städtischen und ländlichen Regionen überlagert wird. Polen erlitt im Laufe seiner Geschichte mehrfach fundamentale räumliche Verschiebungen nach Osten bzw. nach Westen. Dabei war Ostverschiebung meist mit einer politischen Option für die westlichen Kontakte, Westverschiebung mit der Option für östliche politische Integration verbunden (nach *Jerzykiewicz-Jagemann*: »Jagiellonische vs. Piastische Staatskonzeption«). Die räumlichen Verschiebungen drücken sich in strukturellen Deformationen und Disparitäten aus, die unmittelbar hemmenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung haben (defizitäre Infrastruktur, labile außenwirtschaftliche Verflechtungen). Eine Wirtschafts- und Sozialanalyse darf somit nicht auf den Daten für Gesamtpolen stehen bleiben, sondern muß feiner differenzieren und regionalisieren und kann dann erst konkretere Perspektiven für die Entwicklung Polens erarbeiten.¹²

Hier bietet sich ein erster Vergleich der Wandlungsprozesse in Polen und in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland an. Die Transformationsaufgabe ist in Polen um ein vielfaches schwieriger und

12 Siehe Bronislaw Kortus, Wirtschaftlich-räumliche Wandlungsprozesse in Polen. In: Politik Unterricht Aktuell. Hannover (1993)1. S. 11–16.

problematischer, da einerseits die massive materielle Hilfe aus Bundeshaushalt und EU-Fonds fehlt – wobei hier das Problem sozialer und politischer Vereinnahmung als Hauptelement der subjektiven Krisenwahrnehmung noch ausgeklammert bleiben soll – und andererseits im Gegensatz zu Deutschland die Republik Polen ihre gesamte ökonomische und politische Stellung in Europa neu definieren, alle zwischenstaatlichen Verträge und die Rechtswirksamkeit der Grenzen zu den Nachbarn neu aushandeln muß: ist doch kein unmittelbarer Nachbar Polens – Rußland, Litauen, Belarus, Ukraine, Slowakei, Tschechien und die Bundesrepublik Deutschland sind die neuen Nachbarn Polens – völkerrechtlich bzw. in seinem politisch-gesellschaftlichen Grundsystem identisch geblieben.

So müssen auch alle Wirtschaftsbeziehungen neu definiert werden. Das betrifft sowohl technische Normen, Produktionsstandards und Produktpaletten wie Handels-, Zoll- und Steuergesetze, die in neuen Verträgen zu verhandeln und anzugleichen sind. Der Wechsel in der Rangfolge der wichtigsten Außenhandelspartner Polens in der Zeit der politischen Wende zeigt diese Problematik und Aufgabe für die polnische Politik nur zu deutlich:¹³

	Export (%/Rang)				Import (%/Rang)			
	1989	1990	1991	1992	1989	1990	1991	1992
SU	20,8 /1	15,3 /2	11,0 /2	5,1 /6	18,1 /1	19,8 /2	14,1 /2	5,3 /5
D	14,2 /2	25,1 /1	29,4 /1	27,3 /1	15,7 /2	20,1 /1	26,5 /1	23,7 /1
GB	6,5 /3	7,1 /3	7,1 /3	xx /4	–	–	–	xx /3
NL	–	–	xx /4	xx /3	–	–	–	7,0 /4
CS	–	–	xx /5	–	–	–	–	–
A	–	–	–	xx /2	5,0 /3	–	6,3 /3	xx /2
I	–	–	–	xx /5	–	7,5 /3	–	–

Gerade der Versuch, den polnischen Transformationsprozeß von Deutschland aus zu beobachten, zu beurteilen und gegebenenfalls mit der innerdeutschen Transformation zu vergleichen, macht es notwendig, die qualitativen Unterschiede in der Gewichtigkeit der politisch-sozialen Anpassungsforderungen in den beiden Ländern zu berücksichtigen, um nicht aus unvermeidbaren Übergangsschwierigkeiten auf Unfähigkeiten zu schließen und daraus u. U. wieder antipolnische Vorurteile zu verfestigen.

13 Siehe ebenda. S. 11. – Die Angaben von 1992 zur Sowjetunion beziehen sich nur auf Rußland. B. Kortus macht nicht zu allen Ländern Angaben, die Rangfolge ist jedoch jeweils korrekt.

Von sozialwissenschaftlicher Seite her ist dabei die Beobachtung relevant, daß weniger die objektivierbaren ökonomischen Probleme selbst die Krisenerwartung und Krisenwahrnehmung in der Bevölkerung evozieren, sondern ihre Bewertung in Hinblick auf eine subjektivierte Zukunftserwartung und Problemfurcht. Dieser sozialpsychologische Wahrnehmungsprozeß, der letztlich über den gesellschaftlichen Charakter und die politische Funktion der »Krise« entscheidet, ist als kollektiver gesellschaftlicher Prozeß zu interpretieren, in den einerseits die – politisch in gewissen Maße verfügbare – veröffentliche Meinung¹⁴ und andererseits der Erfahrungsschatz der politischen Kultur mit seinen Wertungs- und Handlungsoptionen und Realitätsdeutungsangeboten eingeht.¹⁵

6. DIE KRISENLÖSUNGSPOTENTIALE POLENS

Das Verhältnis der polnischen Gesellschaft, einschließlich ihrer politischen Eliten zur kommunistischen Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg, war immer problematisch und vielschichtig; das Regierungssystem war niemals so einfach als »Gewaltherrschaft« zu beschreiben, wie es für die Nachbarstaaten DDR und ČSSR heute oft üblich geworden ist. In Dezennien aufeinander folgende Unruhen und – letztlich gescheiterte – Reformansätze kennzeichnen die polnische Nachkriegsgeschichte. Damit wurde Polen – neben Ungarn – seit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* und den »Danziger Verträgen« von 1980, aber unterbrochen von der Zeit des Kriegsrechts unter Jaruzelski 1981 bis 1989, zu einem wichtigen Faktor in dem Prozeß der sozioökonomischen und politischen Umgestaltung Ost- und Südosteuropas.

Die besondere Krisendynamik, die sich in Polen beobachten läßt – Verelendungsprozesse, mangelnde Staatsakzeptanz, Zerfall staatlicher Institutionen, Entwicklung eines mafiösen Untergrundes – und die »typisch polnischen Reaktionen« auf die Krise lassen sich nur vor dem Hintergrund

14 Die natürlich in vielfach rückbezogener Weise selbst wieder von gesellschaftlichen Wahrnehmungen einerseits und der Einbindung in die universalisierte »Mediengesellschaft« und ihren Produktionsbedingungen abhängt und nicht im individuellen Sinne »frei« sein kann!

15 Eine eingehendere Analyse dieses komplexen Verhältnisses erfordert die Interpretation der gültigen Zivilisationsprozesse, wie sie Norbert Elias untersucht hat. Siehe dazu Norbert Elias: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1976.

der besonderen polnischen Gesellschaftsform verstehen, die Produkt der wechselvollen und von den westeuropäischen Nationen abweichenden Nationalgeschichte Polens ist.

In Polen hat sich eine besondere politische Kultur entwickelt, die sich in der individuellen wie der gesellschaftlichen Reaktion auf Krisen und Konfliktlagen ablesen läßt. Vor allem die Rolle des Staates und seiner Institutionen ist in Polen anders zu bewerten als in Westeuropa, was spezifisch polnische Wege der Krisenbewältigung notwendig macht.

Der polnische Staat ist traditionell schwach. Die nationalstaatliche Identifikation mit zentralen Staatsinstitutionen hat sich in Polen nicht in dem Maße herausbilden können, wie in den Gebieten Westeuropas, deren politische Geschichte sich seit dem Mittelalter auf Staatskonsolidierung und militärische Staatsraison konzentriert hatte (fränkische Grafschaftsordnung, imperiale Reichsidee, später Absolutismus und bürgerlicher Nationalstaat). In Polen erfolgte eine nichtetatistische Gesellschaftsentwicklung vom freien Bauerntum über das Wahlkönigtum und die Szlachtagesellschaft (Adelsrepublik) mit ihren Freiheitsrechten des *liberum veto* und des *Konföderationsrechtes*.

Die sich daraus entwickelnde politische Kultur Polens steht jeder staatlichen Machtfülle skeptisch bis ablehnend gegenüber (»Alltagsanarchismus«), was sich in der Identifikation mit Gegenmacht repräsentierenden Gruppen ausdrückt (Kirche, Familie, Klientel). Staatsgewalt wird in der neueren Geschichte vor allem als Oktroy fremder Interessen erlebt (polnische Teilungen, preußische Polenpolitik, russische Unterdrückung, nazi-deutsche Okkupation, stalinistische Abhängigkeit der Volksrepublik von der Sowjetunion). Das bestätigt und verfestigt die ohnehin vorhandene Staatsferne der politischen Kultur.

Die aktuelle Krise unterscheidet sich für Polen von früheren sozioökonomischen Krisen dadurch, daß die traditionellen Krisenlösungskonzepte sich plötzlich als ungeeignet zur Krisenlösung erweisen und Verarmung, Verelendung und Machtlosigkeit nicht abwenden. Die traditionellen Verhaltensweisen sind gekennzeichnet durch das Unterlaufen staatlicher Maßnahmen, privatistische Überlebensstrategien, Verhalten im Untergrund und durch Basisloyalitäten. Die daraus folgende subjektive Perspektivlosigkeit ist eine neue Erfahrung für Polen, die zu Resignation oder Aggression führt. Eine Entfremdung von der eigenen Geschichte wird als Orientierungslosigkeit erlebt, was gemeinsame staatliche Krisenlösungen noch erschwert.

So erlebt der kritische Beobachter der polnischen Entwicklung immer wieder Überraschungen, wenn er – in nahezu aussichtsloser Krisensituati-

on – auf originäre Krisenlösungspotentiale stößt, die kaum in den staatlich-institutionellen Instanzen Polens zu sehen sind, desto deutlicher aber im unmittelbaren persönlichen Lebensumfeld der von der Krise betroffenen Menschen.

Diese Krisenlösungsmuster, in einer leidvollen Geschichte entwickelt und bestätigt, spiegeln eine von der deutschen Gewohnheit abweichende Realitätsdefinition innerhalb der politischen Alltagskultur wider, vor allem aber ein anderes, individualistischeres und weniger subalternes Verhältnis zu Staat und Obrigkeit. Davon können wir Deutschen sicherlich einiges lernen, wenn uns auch – gerade im intensiven persönlichen Kontakt in Polen – Grenzen und Probleme dieser Kultur deutlich werden. Ein weltoffenes Europa und eine weltoffene deutsch-polnische Nachbarschaft wird den Abbau von Stereotypen intellektuell durch Verständnis des »So-Seins« aus der geschichtlichen Erfahrung und des »Anders-Seins« als Ermutigung für die eigene Entwicklung vollziehen und emotional durch gegenseitige Empathie und intensives Miteinanderleben ausgestalten.

7. LITERATUR ZUM THEMA POLEN

- Deutsch-Polnische Schulbuchkommission: Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung. Bd. 22. Braunschweig 1977.
- Marek Dutkowski/Gerhard Voigt: Werftkrise: Krisendynamik und Raumwirksamkeit. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie. 33(1989)3. S. 136–150.
- Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bd. 2. Frankfurt am Main 1976 {1936} (suhrkamp taschenbuch wissenschaft).
- Jörg K. Hoensch: Geschichte Polens. Stuttgart 1983 (UTB).
- Feo Jernsson: Polen. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat im Wandel. Geschichte und Staat. Bd. 156. München 1971 (Olzog).
- Feo Jernsson: Polen im Widerspruch. Eine geistig-politische Landschaftsbeschreibung. München 1987 (Olzog).
- F. E. O. Jerzykiewicz-Jagemann: Der Untergang Polens und seine Erneuerung. Studien zum Geschichtsbild. Göttingen (1967)22. (Ranke-Gesellschaft).
- Hans G. Kippenberg: Jeder Tag 'Ashura, jedes Grab Kerbala. Zur Ritualisierung der Straßenkämpfe im Iran. In: Religion und Politik im Iran.

- Mardom nameh – Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Mittleren Orients. Frankfurt am Main 1971 (Syndikat).
- Ewa Kobylińska/Andreas Lawaty/Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München 1992. (Serie Piper 1538).¹⁶
- Bronisław Kortus: Wirtschaftlich-räumliche Wandlungsprozesse in Polen. Politik Unterricht Aktuell. Verband der Politiklehrer Hannover e. V. Hannover (1993)1. S. 11–16.
- Ekkehart Krippendorff: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft. Frankfurt am Main 1985. (edition suhrkamp 1305).
- Enno Meyer: Grundzüge der Geschichte Polens. Darmstadt 1993 (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).
- Walter Mertineit: Bericht über die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1977)47. S. 23–41.
- Lothar Nettelmann: Zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen deutsch-polnischer Jugendarbeit als Folge des politischen Paradigmenwechsels in Polen und ihrer Bedeutung für die Träger politischer Bildung in Deutschland. In: Junge Deutsche und Polen begegnen sich. Schüleraustausch und Studienreisen. Schriftenreihe des UNESCO-Clubs für die UNESCO-Schule am Maschsee. Bismarckschule Hannover e. V. Hannover 1983. S. 9–26.
- Lothar Nettelmann/Gerhard Voigt: Polen – Nation ohne Ausweg? Eine Einführung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Umwelt. Geschichte und Staat Bd. 274. München 1986 (Olzog).
- Lothar Nettelmann/Gerhard Voigt: Internationale Herausforderungen. Die Bismarckschule Hannover stellt ihre UNESCO-Arbeit vor. Schriftenreihe des UNESCO-Clubs für die UNESCO-Schule am Maschsee. Bismarckschule Hannover e. V. Hannover 1992.
- Lothar Nettelmann/Gerhard Voigt: Junge Deutsche und Polen begegnen sich. Schüleraustausch und Studienreisen. Schriftenreihe des UNESCO-Clubs für die UNESCO-Schule am Maschsee. Bismarckschule Hannover e. V. Hannover 1990.
- Praxis Geographie, Themenheft Polen. (1992)4.
- Gotthold Rhode: Geschichte Polens – Ein Überblick. Darmstadt 1983 (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).

16 Sehr empfehlenswerte Essays gerade zur Geschichts- und Gesellschaftsphilosophie und der politischen Kultur Polens und Deutschlands!

- Hans Roos: Geschichte der polnischen Nation 1918–1985. Stuttgart 1986 (Klett).
- J. J. Smolicz: Verinnerlichte Werte und kulturelle Identität. In: Multikulturelle Gesellschaft – multikulturelle Erziehung? Hrsg. Von Volker Nitzsche. Stuttgart 1982 (Metzler).
- Gerhard Voigt: Tradition oder Umbruch? Erlebnisse im Nahen Osten. Schriftenreihe des UNESCO-Clubs für die UNESCO-Schule am Maschsee. Bismarckschule Hannover e. V. Hannover 1989.
- Gerhard Voigt: Zur Analyse der aktuellen Krisen in Osteuropa und in der Dritten Welt – Möglichkeiten und Grenzen geographischer und politologischer Entwicklungsmodelle. Oldenburger Vordrucke (1992)167. Zentrum für pädagogische Berufspraxis der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.
- Gerhard Voigt: Interkulturelle Erziehung im Geographieunterricht und in der politischen Bildung. Zeitschrift für den Erdkundeunterricht. (1993)1.
- Gerhard Voigt: Polenreisen in Zeiten der gesellschaftlichen Krise. In: Junge Deutsche und Polen begegnen sich. Schüleraustausch und Studienreisen. Schriftenreihe des UNESCO-Clubs für die UNESCO-Schule am Maschsee. Bismarckschule Hannover e. V. 2. Auflage. Hannover (1993)2. S. 39–76.
- Gerhard Voigt/Marek Dutkowski: Die Danziger Werft: Symbol der Krise und der Eneuerung. Praxis Geographie. 22(1992)4. S. 26–31.
- Die Wandlungsprozesse in Osteuropa am Beispiel Polens. In: Politik Unterricht Aktuell. Verband der Politiklehrer Hannover e. V. Hannover (1993)1.

WOJCIECH WIECZOREK

Polen zwischen Aufschwung und ...? Versuch einer kurzen Analyse

ERSTENS

Man kann sagen, daß das heutige Polen ein Land ist, das von Erscheinungen verschiedenartiger Ambivalenz gekennzeichnet wird.

Und so ist Polen:

Ein Land, das – nach einer tiefen Rezession – die Hyperinflation gedrosselt und einen beachtlichen Zuwachs des Bruttonutzenproduktes aufzuweisen hat (ca. 4,5%). Nichtsdestoweniger ist – immer noch – die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, daß die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert. Diese Lage scheint jedoch besser zu sein als ihr Ruf.

Ein Land, das unter den Ländern des ehemaligen Ostblocks sich am stärksten für Freiheit und Demokratie eingesetzt hat und wo ungefähr die Hälfte der Wahlberechtigten sich weigert, an den Wahlen teilzunehmen.

Ein Land, das als fast rein katholisches Land gilt, wo jedoch die Wähler für die postkommunistischen Gruppierungen votiert haben und wo die Kirche wegen der allzu großen Einmischung in die Politik kritisiert wird.

Ein Land, das – wegen seiner Geschichte – besonders stark patriotisch geprägt ist und wo fast ein Drittel der Bürger die Absicht deklariert, zeitweilig emigrieren zu wollen.

Ein Land, dessen Bevölkerung die Integration Polens in die europäischen Strukturen (d. h. Europäische Union) entschieden bejaht (70% der Befragten), wo aber nur 8% der Meinung ist, daß die bisherigen Beziehungen Polens mit den EU-Ländern für Polen nützlich sind (38% sehen mehr Nutzen für die EU-Länder, 26% Nutzen für beide Seiten, 27% sind ohne Meinung).

ZWEITENS

Bei der Betrachtung der oben genannten Ambivalenzen sollen folgende grundlegende Faktoren berücksichtigt werden:

Die Kosten der Transformationskrise. Hier muß vor allem die Senkung des Lebensstandards in breiten Kreisen der Bevölkerung genannt werden, was bei den vollen Regalen in den Läden und den dünnen Geldtaschen auch psychologische, negative Effekte auslöst. Dies ist von einer wachsenden Polarisierung des sozialen Spektrums begleitet, so daß die sozialen Unterschiede immer größer werden. Die marktwirtschaftlichen Reformen haben eine Explosion der Arbeitslosigkeit bewirkt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt fast drei Millionen, das sind ungefähr 16% der erwerbsfähigen Bevölkerung.

Unzureichende Erfahrung und die daraus resultierende begrenzte Fähigkeit der neuen politischen Eliten bei der Durchführung des Transformationsprozesses in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens – besonders bei der Umgestaltung der Wirtschaft, aber auch z. B. des Rechtes – und bei der Bekämpfung der schlimmen »Nebenerscheinungen«, wie Korruption, Kriminalität usw.

Postkommunistische Mentalität. Das heißt – enttäuschte »rosige Hoffnungen« nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Nach 45 Jahren kommunistischer Herrschaft kamen noch sogenannte »erlernte Ratlosigkeit«, Schwäche der gesellschaftlichen Strukturen und verletzte Wertesysteme sowie Instabilität der politischen Szene hinzu. Mit einem Wort: »Ermüdung des menschlichen Materials«.

In diesem Kontext muß auch die Bedeutung der katholischen Kirche in Polen erwähnt werden. Als Verteidiger der nationalen Identität angesichts der marxistischen Indoktrinierung, als Verteidiger der Menschenrechte und schließlich bei der Unterstützung der »Solidarność«-Bewegung und Bekämpfung des Kommunismus hat sie eine sehr wichtige Rolle gespielt. Die Wahl eines polnischen Kardinals zum Papst ermutigte das polnische Volk und gab oppositionellen Regungen einen neuen Antrieb. Kurz gesagt: die polnische katholische Kirche hat das Recht, in der Konfrontation mit dem Kommunismus sich als Sieger zu fühlen. Nach der Wende (1989) hat sich ihre Lage jedoch wesentlich geändert. Sie wurde vor eine neue Herausforderung gestellt, und zwar vor die Herausforderung einer sich im Aufbau befindlichen demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Für ihre Mission in einer solchen Gesellschaft scheint diese Kirche noch nicht genug vorbereitet zu sein. Besonders ihre Eingriffe in die Politik werden – ob-

gleich nicht immer zu recht – von der Bevölkerung, darunter von den Gläubigen, kritisch bewertet. Infolgedessen ist das Ansehen der Kirche gesunken. Als Institution steht sie nicht mehr an der Spitze der Beliebtheitsskala.

Alle obengenannten Faktoren haben zur schlechten gesellschaftlichen Stimmung in Polen beigetragen. Sie haben auch ihren Anteil an den Wahlerfolgen der postkommunistischen Gruppierungen. Dieses postkommunistische »Wahlsyndrom« – es existiert nicht nur in Polen – bedeutet keineswegs, daß man zurück zum Kommunismus will. Das ist einfach unmöglich. Den Wählern geht es vor allem um die bessere soziale Sicherheit. Es muß jedoch noch einmal unterstrichen werden, daß in der makroökonomischen Dimension die Lage besser aussieht. Die berühmte »Schocktherapie« von Balcerowicz beim Übergang von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft hat sich bestätigt. Die ersten Früchte dieser Politik haben sich gerade gezeigt. Unter den postkommunistischen Ländern entwickelt sich Polen am schnellsten, obgleich die Ausgangslage besonders schlimm gewesen ist. Auch beim Aufbau demokratischer Strukturen und Einrichtungen befinden wir uns nicht auf dem letzten Platz.

Also, Polen befindet sich zwischen Aufschwung und sozialer Unsicherheit. Doch mit dem Trend zur Verbesserung der Lage scheint es, obgleich mühsam, bergauf zu gehen. Man kann auch sagen: bei der Aneignung der Spielregeln von Demokratie und Marktwirtschaft befinden sich die Polen in einem schwierigen Lernprozeß. Dazu brauchen sie Ruhe und Zeit.

DRITTENS

Die ambivalente Einstellung der Polen, die einerseits die Integration in die Europäische Union bejahen und andererseits skeptisch sind, wenn es um die Vorteile dieser Integration geht, scheint aus der Überzeugung zu resultieren, daß es keinen besseren Weg gibt. Zwar hat die zurückhaltende Stellungnahme der westlichen Länder (vielleicht mit Ausnahme Deutschlands) zu dieser Frage eine gewisse Verbitterung hervorgerufen, die sich nicht selten auf die Unkenntnis darüber stützt, welche Bedingungen erfüllt werden müssen, – nichtsdestoweniger lohnt es sich für die Zukunft des Landes, sich im Kreise der hochentwickelten Länder zu befinden. Darüber hinaus liegt Polen in Europa, gehört dem lateinischen Kulturkreis an.

Eine ähnliche Ambivalenz gilt auch für die Einstellung der Polen den Deutschen gegenüber. Generell gesagt ist diese Ambivalenz von der Anerkennung einerseits und von den Befürchtungen andererseits geprägt. Die

Anerkennung betrifft vor allem die wirtschaftlichen und zivilisatorischen Errungenschaften der Bundesrepublik nach dem Kriege. Die Befürchtungen resultieren vor allem aus den Erfahrungen der Geschichte.

Die Polen haben die Wende in Deutschland mit Zufriedenheit begrüßt, besonders den demokratischen Aufbruch in der ehemaligen DDR, denn auf diese Art und Weise wurden wir von der bedrohlichen Umarmung der »sozialistischen Bruderländer« befreit. Im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands kamen jedoch bald Bedenken, denn ein größeres Deutschland kann auch bedrohlich sein. Nun hängt das Verhältnis zu Deutschland davon ab, was im vereinigten Lande vor sich geht und welche Politik es betreibt.

VIERTENS

Der Versuch einer kurzen Analyse der deutsch-polnischen Beziehungen: Auf der politischen Ebene sind die Beziehungen so gut wie nie zuvor (geschlossene Verträge, BRD als »Anwalt« Polens in den Bestrebungen nach der Integration in die europäischen Strukturen).

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist Deutschland der wichtigste Partner Polens. Gleichzeitig ruft die krasse Asymmetrie des wirtschaftlichen Potentials gewisse Probleme hervor – nicht nur rein wirtschaftlicher Natur, sondern auch psychologischer Natur (in der Art polnischer Befürchtungen »sie werden uns auskaufen«).

Auf der zwischenmenschlichen bzw. psychologischen Ebene scheinen die Dinge besonders widersprüchlich auszusehen. Nach der Öffnung der Grenze und der Abschaffung der Visumpflicht haben die polnisch-deutschen Beziehungen einen Massencharakter angenommen. Neben den positiven und fruchtbaren Erfahrungen, die in diesen Kontakten gesammelt werden, tauchen auch – in nicht geringem Grade – negative Aspekte auf. Sie tragen zur Belebung der »alt-neuen« Vorurteile bei. Sie beeinflussen auch das Durchschnittsbild der Deutschen in den Augen der Polen. Auf der Beliebtheitskala befinden sich die Deutschen auf einem niedrigen Platz. Oder – mit anderen Worten – sie werden eher geschätzt als geliebt. Trotzdem – wenn man die Ergebnisse demoskopischer Untersuchungen aus den vergangenen Jahren vergleicht – gibt es auch einen klaren, obgleich mühsam voranschreitenden Trend, der auch auf einen Zuwachs an Vertrauen hinweist.

FÜNFTENS

Mir scheint, im Prozeß der polnisch-deutschen Verständigung und Versöhnung reichen sogar die beste Politik und eine vorbildliche wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht aus, wenn sie nicht stark genug von unten unterstützt werden. Meine Erwartungen und Wünsche lassen sich deswegen so artikulieren:

Alles Mögliche tun, um die Ursachen zu beseitigen, die die Beziehungen der Menschen untereinander belasten und zu Spannungen führen. Angesichts der bestehenden Asymmetrie im Bereich der Wirtschaft und der Erblasten der Geschichte ist dies keine leichte Aufgabe, die über Nacht erledigt werden kann. Um so mehr sollten sich qualifizierte Kontakte entwickeln (d. h. nicht ausgerechnet über die polnischen Schwarzhändler und die deutschen Rechtsextremen), die eine objektive Auskunft über die Lage, Probleme, Schwierigkeiten und Stimmungen im Nachbarland geben können. Die Teilnehmer derartiger Kontakte sollten als »Multiplikatoren« im eigenen Lande tätig sein und eine »menschliche Infrastruktur der Versöhnung« schaffen. Eine besondere Rolle fällt in dieser Hinsicht den Massenmedien zu, die nicht nur über die Skandale und Zwischenfälle berichten sollten.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Polen und Deutschland liegen in der Mitte Europas. Die polnisch-deutschen Beziehungen haben somit einen nicht geringen Wert in der Perspektive der europäischen Einigung und der Erweiterung der Europäischen Union. Beide Völker tragen Verantwortung nicht nur für eine gute Nachbarschaft, sondern auch in diesem breiteren europäischen Kontext.

PETER HAMANN

Der Blick über Oder und Neiße. Polen im Spiegel der deutschen Presse¹

Wie, mit Ausnahme vielleicht Frankreichs, zu kaum einem zweiten Land in Europa stand Deutschland über die Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte hinweg zu seinem östlichen Nachbarn, zu Polen, in einem engen und wechselvollen, lange Zeit aber durch deutsche Vormacht und deutsches Unrecht belastetes Verhältnis. Und wie die deutsch-französische Aussöhnung im Westen erst den Weg für die europäische Gemeinschaft frei machte, ist die mit der deutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und dem historischen Schuldbekenntnis Willy Brandts in Warschau wie mit dem Vergebung gewährenden und um Vergebung bittenden Hirtenwort der katholischen Bischöfe Polens im Jahr 1965 eingeleitete, bis heute indes fragile und sensible Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk eine Voraussetzung für den Brückenschlag des wiedervereinigten Deutschlands nach Osten und für die zukünftige Gestaltung einer Ost- und Westeuropa umschließenden wahrhaft europäischen Gemeinschaft.

Das Miteinander der Völker setzt aber die Kommunikation zwischen ihnen, setzt das gegenseitige Kennenlernen, den Abbau in tradierten Klischees wurzelnder Abwehr des anderen und das auf Interessenausgleich wie Interessenverbindung gerichtete Gespräch voraus. Und da es sich um Völker, also um Massen handelt, ist einsichtig, daß die Kommunikation nicht nur im intimen Kreis geführt werden kann, daß vielmehr die Medien der Massenkommunikation wie die anderen Institutionen der Bildung und Kultur eine entscheidende Rolle spielen müssen. Das Bild, das sich die Menschen von dem Volk jenseits der Grenze machen, wird allenfalls in den unmittelbaren Grenzregionen durch den persönlichen Kontakt mit dem

1 Die vorliegende Arbeit stützt sich in ihrem empirischen Teil auf eine im Jahre 1993 gemeinsam mit Dr. Manfred Anders erarbeitete und als Manuskript vom Rosa-Luxemburg-Verein veröffentlichte quantitative und qualitative Untersuchung »Das Bild Polens in der sächsischen Presse«.

Nachbarn geprägt – in aller Regel folgt es der Zeichnung, die die Medien eines Landes von dem anderen Land, dem anderen Volk entwerfen.

Wir möchten deshalb, als kommunikationswissenschaftlicher Beitrag zu den vielfältigen Untersuchungen zum deutsch-polnischen Verhältnis in der Gegenwart, einen Blick darauf werfen, wie führende deutsche Tages- und Wochenzeitungen und wie die Regionalpresse in Sachsen, einem Land an der Grenze zu Polen, dem Anliegen einer umfangreichen, vielseitigen und vorurteilsfreien Berichterstattung über das Nachbarland gerecht werden – oder inwieweit sie nach wie vor der bereits 1989 von einem polnischen Journalisten mit Bedauern getroffenen Feststellung entsprechen, daß die deutschen (gemeint waren die bundesdeutschen!) Medien seinem Land nur geringe Beachtung schenkten und auf die Polen viel kritischer schauten als die polnischen Medien auf die Bundesrepublik, obwohl doch beide Staaten ihre Schwächen haben.

Wenden wir uns den national verbreiteten deutschen Führungszeitungen wie »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«, »Süddeutsche Zeitung« und der führenden politischen Wochenzeitung Deutschlands »Die Zeit« zu, dann können wir nicht nur eine recht umfangreiche, sondern auch eine um Kontinuität und gründliche Analyse der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Polen bemühte Berichterstattung über das Nachbarland finden. Auch wenn man ein durch die aktuelle Politik bedingtes Auf und Ab einrechnet, ist Polen das nach Rußland zumindest von den großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen am stärksten beachtete Land in Mittel- und Osteuropa. Nicht zuletzt zeigt sich das auch daran, daß einige der Blätter einen ständigen Korrespondenten in Warschau stationiert haben und andere zumindest mit in Warschau ansässigen freien Journalisten vertragsgebunden zusammenarbeiten.

1. DIE DEUTSCHE MEINUNG ZUR POLNISCHEN POLITIK

Und dennoch zeigt zum Beispiel die Analyse der im Zusammenhang mit den Sejm-Wahlen vom September 1993 in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, der »Frankfurter Rundschau«, der »Süddeutschen Zeitung«, der »Welt« sowie in der Wochenzeitung »Die Zeit« und in den vornehmlich in den fünf neuen Ländern vertriebenen Zeitungen »Neue Zeit« und »Neues Deutschland« veröffentlichten Korrespondenzen und analytischen Artikel eine gewisse Neigung selbst seriöser deutscher Medien, die Ereignisse und Entwicklungen in Polen wie in anderen mittel- und osteuropäischen Län-

dem zu vereinfachen und zu schematisieren. Man geht in der Berichterstattung von deutschen, vielleicht auch westlichen Erwartungen, nicht von der unvoreingenommenen Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und letztlich auch politischen Dynamik der in Polen eingeleiteten Transformationsprozesse aus.

In offener Unterschätzung der komplizierten sozio-ökonomischen Prozesse und der mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen tiefgreifenden sozialen und mentalen Verunsicherung breiter Schichten des polnischen Volkes werden politische Auseinandersetzungen nicht selten zu einem bloßen Für und Wider in Bezug auf die wirtschaftlichen Reformen oder gar zum eitlen Parteienstreit vereinfacht und verfälscht.

Einem alten Links-Rechts-Schema folgend, fällt man die Entscheidung über politische Kräfte – Persönlichkeiten wie Parteien – sehr schnell aus vorgefaßten Meinungen und von außen aufgedrückter Etikettierung, nicht aus der sachlichen Analyse von Programmen und programmatischen Erklärungen.

So dominierte in den ersten Kommentaren zum Sturz der Regierung von Frau Suchocka und zur Auflösung des Sejm im Mai 1993 die Auffassung, es handele sich nur um »politische Ränkespiele«², um die Folgen von »Wałęsas Doppelstrategie« und um die Ambitionen der Opposition, die der »jungen Demokratie Schaden zugefügt«³ hätten. Selbst Edith Heller, die erfahrene Korrespondentin der »Frankfurter Rundschau«, konstatiert mißbilligend: »In Polens Gewerkschaft Solidarność bestand ganz einfach das Bedürfnis, die Regierung Suchocka zu stürzen« und stellt ihren Kommentar unter das – einem Sejm-Abgeordneten entlehene – zwar originelle, aber undiplomatisch drastische und offen Partei nehmende Motto »Sofa-Parteien und Dreschflügel-Keilereien in dunkler Scheune«⁴.

Auch in der hoch angesehenen Wochenzeitung »Die Zeit« schimpft die Autorin des ersten Kommentars ungewohnt derb über die polnische Opposition, die »in fast kindlich-verantwortungsloser Lust am Widerspruch [...] offensichtlich gar nicht wissen wollte, welche verfassungsrechtlichen Konsequenzen der Sturz der Regierung nach sich ziehen könnte«⁵. Bis auf den Korrespondenten des »Neuen Deutschland«, der ausführlich auf einen Streik der polnischen Lehrer und andere Aktionen gegen den ungebremsten

2 »Frankfurter Rundschau« vom 24. Mai 1993.

3 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 25. Mai 1993 und vom 3. Juni 1993.

4 »Frankfurter Rundschau« vom 29. Mai 1993.

5 »Die Zeit«, Hamburg vom 4. Juni 1993.

Sozialabbau eingegangen war,⁶ spielten die sozialen Bewegungen und Forderungen im Hintergrund der Sejm-Parteien für die deutschen Beobachter der Szene kaum eine Rolle. Der Korrespondent der FAZ formulierte sogar, in ebenso belehrender wie die soziale Situation großer Teile der polnischen Gesellschaft ignorierender Weise, »die Drohung mit politischen Streiks [werde ...] zu einer stumpfen Waffe [...], weil die Einsicht in der Bevölkerung wächst, daß nicht verteilt werden kann, was nicht vorher erwirtschaftet worden ist«⁷.

Zur Ehre der Journalisten sei aber gesagt, daß sie ein Vierteljahr später, unmittelbar vor den Sejm-Wahlen und angesichts der auf einen Erfolg der Linksparteien hindeutenden Prognosen, auch die tiefen sozialen und politischen Spannungen in der polnischen Gesellschaft ernstzunehmen begannen. Die »Neue Zeit« analysierte in einem umfangreichen Beitrag die kritische Haltung großer Teile der polnischen Öffentlichkeit zum politischen Anspruch der katholischen Kirche.⁸ Der Korrespondent der FAZ korrigierte sich jetzt insofern, als er zumindest die von den Links-Parteien gegebene Analyse der ökonomischen und sozialen Situation Polens zitierte, wonach »wachsende Arbeitslosenzahlen, das darniederliegende öffentliche Gesundheitswesen, die Krise in der polnischen Landwirtschaft, wo fast ein Drittel der Nutzfläche brach liegt, der Notsand im Bildungswesen oder das kollabierende Sozial- und Rentenversicherungswesen« zu einer Änderung der Reformpolitik zwingen.⁹ Und nur »Die Zeit« bemerkte zwar auch die Versäumnisse der liberalen Reformer bei der sozialen Absicherung ihrer Politik, verurteilte aber vor allem die »vom Leben in der neuen Freiheit« desillusionierten polnischen Bürger, die so schnell die Mühsal der Vergangenheit vergessen hätten.¹⁰

Nach dem nicht mehr unerwartet gekommenen Wahlerfolg der Linksparteien beklagten zwar noch einige Kommentatoren die »chaotische Situation«¹¹ und den Umstand, daß es sich um eine reine Protestwahl¹² gehandelt habe. Nach einer ausgiebigen Schelte für Solidarność und die liberalen Reformer um Frau Suchocka, denen es an »Einfühlungsgabe ... für die Äng-

6 Siehe »Neues Deutschland«. Berlin vom 17. Mai und vom 27. Mai 1993.

7 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 3. Juni 1993.

8 Siehe Gehorcht Polen den Priestern? In: »Neue Zeit«. Berlin vom 4. September 1993.

9 Siehe »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 16. September 1993.

10 Siehe »Die Zeit«. Hamburg vom 17. September 1993.

11 »Die Welt«. Hamburg vom 21. September 1993.

12 Siehe »Die Zeit«. Hamburg vom 24. September 1993.

ste der Bürger« gemangelt habe,¹³ beruhigten sie ihrer Leser aber damit, daß es sich bei den Links-Parteien nicht um die alten »Kommunisten« handle und daß sich die jungen »Realisten« um den »vorzeigbaren Profi«¹⁴ Kwasniewski und um Pawlak durchaus in internationale Zwänge und die Logik des Reformprozesses eingebunden wüßten. Michael Ludwig, der Korrespondent der FAZ, sieht eine »Außenpolitische Kehrtwende der künftigen Regierungsparteien. Auch die Linke ist für die NATO-Mitgliedschaft Polens« und »Hoffnung auf wirtschaftlichen Realismus der Linken in Polen«, denn »Eine Rückkehr zu sozialistischer Wirtschaftspolitik wird den Wahlsiegern schwerfallen«.¹⁵

In den darauffolgenden Monaten haben die Korrespondenten und Kommentatoren der deutschen Führungszeitungen die Regierung Pawlak kritisch, aber überwiegend sachlich und fair begleitet. Und wenn Polen auch keinen Schwerpunkt der politischen Berichterstattung darstellt, kann man den Zeitungen durchaus bescheinigen, daß sie relativ regelmäßig und ausführlich über die innenpolitische und namentlich über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes an der Weichsel berichten.

Die Tendenz einer differenzierten und – ein gewisses »Wohlverhalten« Polens in dem für Deutschland wünschenswerten Sinne einer marktwirtschaftlich orientierten »Reformpolitik«, der Stabilisierung der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung und der Fortsetzung der von Skubiszewski konzipierten Außenpolitik einer konsequenten Westbindung des Landes vorausgesetzt – durchaus freundliche Berichterstattung über Polen bestätigt auch eine Stichprobenanalyse des politischen Teils der »Frankfurter Allgemeinen« für die Monate Dezember 1994 bis Februar 1995.

Mit sechs meist umfangreicheren analytischen Beiträgen, Korrespondentenberichten und redaktionellen Meinungsbeiträgen im Dezember, acht im Januar und – im Gefolge der Regierungskrise – vierzehn im Februar ist nicht nur die erforderliche Kontinuität der Berichterstattung gewahrt worden. Die überwiegend von dem Warschauer Korrespondenten des Blattes, Michael Ludwig, verfaßten Berichte spiegeln auch das Bemühen um thematische Vielfalt, um die Vermittlung eines der widersprüchlichen Wirklichkeit des Landes gerecht werdenden kontrast- und nuancenreichen Polen-Bildes wider.

13 Siehe »Die Zeit«, Hamburg vom 24. September 1993.

14 »Die Welt«, Hamburg vom 21. September 1993.

15 Siehe »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 14. Oktober 1993 und vom 18. Oktober 1993.

Im Dezember reicht das Spektrum, abgesehen von Berichten über die Politik von Präsident und Regierung, von einer fundierten Analyse der Drogenpolitik über eine durchaus ausgewogene und faire Darstellung der immensen Probleme wie der ernsthaften Bemühungen Polens in der Umweltproblematik bis zu einer umfangreichen Darstellung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen. Im Januar und in der ersten Hälfte des Februar verengt sich der Blick des Korrespondenten zwar, da die aktuelle Berichterstattung und Kommentierung der Auseinandersetzungen und Machtkämpfe im Parlament bzw. zwischen Regierungskoalition und Präsidenten seine volle Aufmerksamkeit fordern. Trotzdem liefert er noch einen umfangreichen Bericht über die Vorbereitungen für die Gedenkveranstaltungen in Auschwitz und eine kenntnisreiche und feinfühligte Betrachtung zum Verhältnis zwischen Juden und Polen. Nach Beilegung der Regierungskrise wendet sich der Korrespondent wieder Themen wie den polnisch-russischen Beziehungen, der Bewältigung des Güterverkehrs und Konfliktpunkten im deutsch-polnischen Verhältnis zu.

In der allgemein-politischen Berichterstattung zu Polen ist der »Frankfurter Allgemeinen«, insonderheit geht das wohl auf das Konto ihres sehr profilierten Korrespondenten, Gründlichkeit und Problembewußtsein bei der Analyse wie auch Augenmaß bei der Beurteilung polnischer Positionen und Aktionen zuzuerkennen. Die Darstellung läßt immer das Bestreben erkennen, Wissen zu vermitteln und Erkenntnis anzubahnen.

So entwirft der Korrespondent in seinem Beitrag »In Oberschlesien sind die Störche vor den Abfällen geflüchtet«¹⁶ zwar durchaus ein bedrohliches und alarmierendes Bild vom erschütternden Ausmaß der Umweltverseuchung ganzer Regionen und von der völlig unzureichenden Entsorgung sowohl des Industrie- als auch des Hausmülls in den Städten wie auf dem flachen Lande. Aber er erklärt auch, daß die Umweltsünden nicht etwa in der Ignoranz der Verantwortlichen wurzeln, sondern alle Bemühungen vergeblich sind, »solange das Geld für eine moderne Abfallwirtschaft und die Beseitigung der Altlasten fehlt«.

Nicht anders angelegt ist eine Untersuchung Polens als »Export- und Durchgangsland« für Drogen in der FAZ vom 2. Dezember 1994. Der Korrespondent stellt den zunehmenden Drogenkonsum im Lande und die sich drohend abzeichnende Gefährdung einer ganzen Generation von Kindern und Jugendlichen wie auch die im Zusammenhang mit dem Balkankrieg gewachsene Bedeutung Polens als Durchgangsland für den Heroinschmug-

16 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 8. Dezember 1994.

gel dar. Er konstatiert auch, daß die polnische Polizei und die Zollorgane der Rauschgift-Mafia nicht gewachsen sind. Zugleich würdigt er aber die gesetzgeberischen und organisatorischen Bemühungen der polnischen Regierung um einen wirkungsvollen Kampf gegen die Drogenkriminalität und um eine moderne Konzeption für den Umgang mit dem sozialen Problem der Rauschgiftsucht.

Da sich im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Gedenkfeiern anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Truppen der Ersten Ukrainischen Front der Sowjetarmee eine bedauerliche Kontroverse zwischen jüdischen Organisationen und den Vertretern des polnischen Präsidenten bzw. der polnischen Regierung ankündigte und dann auch entwickelte, die zumindest zeitweise in einigen deutschen Medien die eigentliche Kernfrage, die Frage nach der historischen deutschen Schuld gegenüber dem polnischen wie dem jüdischen Volk, in den Hintergrund zu drängen drohte, versuchte der Warschauer Korrespondent der FAZ am 27. Januar 1995 in einer beachtenswerten Analyse dem Verhältnis von Polen und Juden in der Geschichte des Landes nachzugehen. Unter dem Titel »Zusammengelebt, aber nicht zusammengefunden« berichtet er davon, daß das Leben der Juden »über Jahrhunderte im Vielvölkerstaat Polen von sehr viel weniger Schwierigkeiten begleitet [war] als in manchem Land des Westens« und daß man »von Polen, wenigstens bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts, als einem »Paradies der Juden« sprach. Nach dem Wiedererstehen des polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg wurde Polen jedoch ein Nationalstaat »mit einem polnischen Staatsvolk und Minderheiten. Nationalpolnisches Denken trat immer stärker in den Vordergrund, das im Hinblick auf die Abgrenzung zu den Juden auch alte christliche Vorurteile aufnahm [...] Auf der anderen Seite führten orthodoxe jüdische Strömungen im Osten Polens ihrerseits zur Isolierung« und auch der Zionismus wirkte »abgrenzend«.

Mit journalistischem Feingefühl geht Michael Ludwig auf das komplizierte Verhältnis von Polen und Juden unter der gemeinsamen tödlichen Bedrohung beider Völker durch den deutschen Faschismus ein. Auf der einen Seite bezahlten »viele Polen [...] mit ihrem Leben dafür, daß sie Juden halfen«, auf der anderen Seite gab es auch das Gesindel, dem es »möglich war, versteckte Juden zu erpressen, sich einfach jüdischer Habe zu bemächtigen«, und selbst die Führung der bürgerlichen Heimatarmee mußte einen zunehmenden Antisemitismus im Lande zugeben. »Fraktionen des

polnischen Untergrunds begannen gegen Kriegsende und danach, Jagd auf Juden zu machen, denen sie vorwarfen, für die Sowjets gegen die nationalen polnischen Interessen zu arbeiten«. Als Gefahr für Leib und Leben empfundener polnischer Nationalismus und der Wunsch, in Israel eine persönliche Zukunft zu finden, veranlaßten zwischen 1946 und 1950 sowie nach 1956 und 1968 den Großteil der nach dem Krieg in Polen lebenden Juden zur Emigration.

Mit Bedauern und ohne jede ungerechte Schuldzuweisung stellt der Journalist fest, daß auch angesichts des Auschwitz-Gedenkens alte Wunden aufbrechen. »Die jüdische Räson steht gegen die polnische [...] Offenbar gibt es keine Gemeinsamkeit in der Erinnerung an gemeinsames Leid.« Ein Beitrag der wohlthuend differenziert und um Verständnis wirbt, wo andernorts einseitige Urteile parat waren.

Drei Beiträge der FAZ dokumentieren sehr unterschiedliche Facetten des deutsch-polnischen Verhältnisses in der Gegenwart:

In dem umfangreichen Korrespondentenbericht »Das deutsch-polnische Handelsvolumen steigt über 20 Milliarden DM« am 15. Dezember 1994 im Wirtschaftsteil der Zeitung stellt Ludwig mit offensichtlicher Genugtuung fest: »Deutschland ist zum größten Handelspartner Polens in der Welt aufgestiegen, und Polen wurde im Gegenzug Deutschlands bedeutendster Kontrahent in Ostmitteleuropa. Sogar die deutschen Investitionen, die lange Zeit weit hinter den polnischen Erwartungen zurückgeblieben waren, sind in diesem Jahr leicht gestiegen.« Er geht objektiv auf den »harten Konkurrenzkampf« zwischen den polnischen Grenzgebieten und den »ostdeutschen Ländern« – einem dem westdeutschen Leser wohl auch nicht so deutlich bewußten Aspekt deutsch-polnischer Wirtschaftsbeziehungen – ein und hebt die »Standortvorteile« Polens (»Die Lohnstückkosten betragen in der Regel nur ein Viertel dessen, was in Deutschland üblich ist [...] Ein aufnahmefähiger Markt von fast vierzig Millionen Verbrauchern, wo man nicht, wie im Westen, erst mühsam nach Nischen suchen muß, um ein Unternehmen zu gründen.«) ebenso hervor, wie er auf objektive Handelschranken wie die »katastrophale Verkehrslage« und den ungenügenden Ausbau der Grenzabfertigungsanlagen auf polnischer Seite eingeht. Die deutlichste Kritik richtet er bemerkenswerterweise ans eigene Lager, wenn er das »Zögern deutscher Banken, Existenzgründungen in Polen zu finanzieren« beklagt. Allerdings »erklärt« er der polnischen Seite auch: »Der Grund ist freilich nicht nur mangelnde Risikobereitschaft der Banken, sondern auch das zivilrechtliche Umfeld jeglicher Wirtschaftstätigkeit in Po-

len«, und rügt die »Laschheit des (polnischen) Gesetzgebers gegenüber Bankrotteuren«. ¹⁷

Um Verständnis für die polnische Position bemüht sich Michael Ludwig auch in der am 23. Februar 1995 auf einer thematischen Seite »Vertreibung – 50 Jahre danach« plazierten Betrachtung »Polen: Die eigenen Sünden werden bewußt«. Er geht auf die erst 1990 erfolgte offizielle Anerkennung der Nachkriegsgrenze an Oder und Neiße durch die Bundesrepublik ebenso wie auf die Initiative der polnischen Bischöfe im Jahre 1965 ein. »Gleichwohl gibt es noch Konfliktpunkte. Das Recht auf Heimat, das die Vertriebenen fordern, wurde nicht gewährt [...] In Polen bemängelten Kritiker der (deutsch-polnischen) Verträge, daß es nicht gelungen sei, die Haltung Bonns zur doppelten Staatsbürgerschaft der in Polen lebenden Deutschen zu erschüttern.« Und er geht, mit aller Zurückhaltung, auf die Diskussionen ein, die es in der polnischen Wissenschaft wie auch in der polnischen Öffentlichkeit zum noch ebenso komplizierten wie politisch brisanten Thema der »Vertreibung« (statt des jahrzehntelang gebrauchten Euphemismus »Umsiedlung«) der Deutschen aus den neuen polnischen Westgebieten gibt. Zuzustimmen ist seiner verallgemeinernden Schlußthese: »Es geht dabei nicht um Aufrechnung, sondern darum, sich fremdem Leid zu öffnen, und das ist wohl der einzige Weg, auf dem die beiden Länder wirklich zueinanderfinden können.« ¹⁸

Von weit weniger Nachdenklichkeit zeugt ein am 21. Februar 1995 in der FAZ veröffentlichter – nicht von ihrem Warschauer Korrespondenten, sondern von einem Robert von Lucius verfaßter – Beitrag unter dem Titel »Mit Hochlandrindern zurück nach Pommern«. Wobei wohl das Wort »zurück« die eigentliche journalistische Idee des Berichtes ausdrückt: Die 78 Jahre alte Ehrengarde von Massow ist seit dem Sommer 1993 »zurück auf dem Gut in Hinterpommern, auf dem die Familie ihres Mannes seit dem Jahr 1519 gelebt hatte«. Denn: »Sie konnte den Verfall des Guts in dem abgelegenen Gebiet Polens nicht mehr mit ansehen«. Und dann wird der geradezu deutsch-ritterliche Pioniergeist der alten Dame gewürdigt, die in einem Blockhaus ohne Fernsehgerät und deutsche Zeitungen lebt, mit den Behörden um den Abschluß eines Pachtvertrages und mit dem Tierarzt um die Anerkennung der Impfungen der von ihrem Bruder, einem pensionierten Bundeswehroffizier, in Deutschland gezüchteten schottischen Hochlandrinder ringen mußte. Aber »Die Stimmung im Dorf ist ihr gegenüber

17 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 15. Dezember 1994.

18 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 23. Februar 1995.

freundlich, Kinder begrüßen sie auf deutsch«. Selbst den deutschen Tourismus in der Region hat Frau von Massow belebt: »Einmal kam ein Bus mit 49 Besuchern, die ihre pommersche Heimat wiedersehen wollten: Die Hälfte von ihnen kannte sie, weil sie über Jahrzehnte in der Pommerschen Landsmannschaft aktiv war.« Ein zumindest befremdliches Licht wirft der Beitrag sogar auf die Hilfsaktionen des Johanniterordens: »Auch jetzt koordiniert sie Transporte, die zielgerichteter sind als andere Pommern-Hilfen: Die Leistungen gehen direkt an Kirchengemeinden, Kliniken und deutschsprachige Bedürftige.« Eine »Nächstenliebe«, die an die Sprache des »Nächsten« gebunden ist – oder die Ermutigung für deutschen Pioniergeist in »Groß-Volz, nach dem Kriegsende umbenannt in Wolcza-Wielka«?¹⁹

Durchaus problemorientiert und um Differenzierung bemüht, zugleich aber in der selbstgerechten Gewißheit, am allerbesten den für das andere Land allein seligmachenden Weg – schnelle Durchsetzung der Marktwirtschaft und unverrückbare Westbindung – zu kennen und in der daraus folgenden tendenziellen Beschränkung des Blickwinkels journalistisch höchst problematisch, ist die Berichterstattung des konservativen deutschen Führungsblattes über die Regierungskrise in Polen in den Monaten Januar und Februar 1995.

Die zum Agieren des Präsidenten, der Regierungskoalition und des Sejm im Konflikt zwischen Präsident Wałęsa und Ministerpräsident Pawlak sowie beim Rücktritt des aus der Bauernpartei kommenden Politikers und der Installierung des neuen, vom sozialdemokratischen Koalitionspartner gestellten Premiers Oleksy vom 5. Januar bis zum 16. Februar 1995 in der FAZ veröffentlichten sechzehn Beiträge, überwiegend Korrespondenzen von Michael Ludwig und einige redaktionelle Kommentare, lassen im wesentlichen drei Grundaussagen erkennen:

Nachdem die Grabenkämpfe zwischen Präsident Wałęsa und der Regierung Pawlak um die Steuergesetzgebung und die Besetzung der vakant gewordenen Schlüsselministerien Verteidigung und Äußeres Anfang Januar noch unübersichtlich blieben und abwechselnd oder zugleich der Präsident des Strebens nach einem »autoritären Präsidialregime« und die Koalition eines »trickreichen Plans« verdächtigt werden, die umstrittenen Ministerien »im Handstreich zu nehmen«,²⁰ »entscheidet« am 7. Februar 1995 ein auf Seite eins veröffentlichter Leitkommentar, daß es sich beim »Dauerzwist

19 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 21. Februar 1995.

20 Am 12. Januar 1995 titelt die FAZ: »Walesa legt Ministerpräsident Pawlak den Rücktritt nahe«.

auf der obersten Politik-Etage« Polens um einen »Machtkampf, also nicht die Austragung eines Richtungsstreits«, handelt und daß der »Hauptbetreiber der polnischen Verfassungskrise« der Präsident selbst ist. Anders als mancher oberflächliche Betrachter der polnischen Szene sucht die FAZ den Grund aber nicht in einer gewissen persönlichen Exzentriz von Lech Wałęsa, sondern vermutet durchaus vernünftige, wenn auch »egoistische Kalkulationen als Motiv«: »Die einstige Symbolgestalt der Wende in Polen sah sich mit dem Problem konfrontiert, daß er nahezu keine Chancen hat, ins höchste Staatsamt wiedergewählt zu werden; denn in der Folge wechselnden politischen Taktierens hat Walesa es im Grunde mit allen politischen Gruppierungen verdorben und seine Beliebtheit bei den Wählern in den Keller gefahren.«²¹

So senkt das große rechtskonservative deutsche Meinungsblatt im Blick auf den einst auch von ihm hofierten »Volkshelden« geradezu offiziell den Daumen und orientiert seine Leser auf die Suche nach anderen tragenden politischen Kräften in Polen. Das wird auch nicht zurückgenommen, wenn der gleiche Kommentator (ba.) zwei Tage später, am 9. Februar 1995, an gleicher Stelle konzedieren muß, »daß der eigenwillige Präsident es also geschafft hat, einen Premierminister faktisch aus dem Amt zu drängen [... und] die polnische Verfassungswirklichkeit ein gutes Stück in Richtung Präsidialsystem zu verschieben«.

Eine zweite Richtung ist die der »Warnung«. Der Warnung vor einer Destabilisierung des Landes bzw. der parlamentarischen Ordnung des Landes und der Warnung vor einer etwaigen politischen Kursänderung durch die, ganz allgemein formuliert, »Linken«. Zum einen gibt die FAZ den streitenden Parteien zu bedenken: »Der verwunderte polnische Zeitgenosse, ›Pan Kowalski‹, schaut mit dem Interesse eines Zirkusbesuchers auf die Warschauer Manege, in der sich die politische Klasse fintenreich bekämpft.«²² Man zitiert mit dem Ausdruck der Bedenklichkeit, eine polnische Wochenzeitung zöge den »verzweifeltten Schluß, in Polen habe der Prozeß einer Anarchisierung von oben begonnen.«²³ Der Kommentator malt am 7. Februar 1995 das Schrecknis an die Wand, bei einem großen Teil der polnischen Wahlbürger könne endgültig aus der »Politikverdrossenheit« »Politikverdruß«, folglich Wahlverweigerung werden.

21 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 7. Februar 1995.

22 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 12. Januar 1995.

23 Siehe »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 12. Januar 1995.

Und damit wird der andere Teil der Warnung angedeutet: »Nach Olechowskis Rücktritt erwachen die Reflexe des Ostblocks« und »Polens Westkurs verliert den Schwung« überschreibt Michael Ludwig in geradezu beschwörender Weise seine Korrespondenz vom 18. Januar 1995 zum definitiven Rücktritt des Außenministers, der in der Regierung Pawlak der letzte gewesen sei, »der die von Skubiszewski vor vier Jahren konzipierte Politik der Westintegration fortführe«. Mit dem scheidenden Minister wird der Linken unterstellt, »sie werde die Staatsräson Polens verraten, weil sie die Aufnahme in die Europäische Union (EU) und in die NATO ohne rechte Überzeugung und nicht mit dem nötigen Druck verfolge«. Denn, daß die linken Politiker wirklich eine Wende in Richtung auf die Westintegration vollzogen haben, kann trotz ihrer Beteuerungen »erst als erwiesen gelten, wenn die Koalition wie ihre Vorgängerregierungen jede Möglichkeit nutzt, dem Westen klarzumachen, daß dieser sich Polen öffnen müsse«. Zumal eine Warschauer Gazette einen »vorausseilenden Gehorsam alter Genossen« ausgemacht habe. Und mit deutlich erhobenen Zeigefinger resümiert der Autor, Polen dürfe keinesfalls in einer »sicherheitspolitischen Grauzone sich selbst überlassen« bleiben. »Erst im Schutze des Bündnisses und der Union könnte es aktive Ostpolitik betreiben und zur ›Brücke‹ zwischen Rußland und dem Westen werden«.

Die dritte Denkrichtung der Frankfurter Redakteure zeigt einen gewissen, auf den ersten Blick überraschenden Wandel: Nach ausgiebiger Warnung vor einem Abweichen vom Pfad der Tugend befindet man die neue von Oleksy gebildete Regierung der Linkskoalition offenbar für geläutert und politisch kreditwürdig. In deutlich positiver Abhebung von Wałęsa billigt der Leitkommentar (ba.) am 9. Februar 1995 der Linkskoalition zu, sie habe einen Ausweg gefunden, »aus jener heftig bewegten Stagnation herauszukommen, die geeignet war, der Bevölkerung Politiker, Politik und schließlich auch die erst kürzlich errungene Demokratie gründlich zu verleiden«. Wohlmeinend hebt der Kommentator auch hervor: »Mit dem Übergang von Pawlak zu Oleksy hat nun auch die Seltsamkeit ein Ende, daß der Regierungschef vom kleineren Koalitionspartner, der Bauernpartei, gestellt wurde.«

Das gute Bild, das die FAZ von Oleksy und der von ihm geführten Regierung entwirft, findet am gleichen Tag in einem von Michael Ludwig verfaßten Kurzporträt den deutlichsten Ausdruck: »Oleksy fand den Mut, mit dem Deutschlandbild seiner früheren Partei zu brechen«, heißt es von dem einstigen Funktionär der PVAP. Und »Oleksy nimmt für sich in Anspruch, daß er schon lange ein ›verkappter Sozialdemokrat‹ gewesen sei«.

Kurzum: »Zusammen mit Kwasniewski, dem Vorsitzenden der SdRP, gehörte Oleksy zu der Gruppe von Politikern, denen man das Bekenntnis zur Marktwirtschaft noch am ehesten glaubte. In der Koalition mit der Bauernpartei sah Oleksy eher eine Fessel für die marktwirtschaftlich orientierten Kräfte seiner Partei. Wird er zum neuen Ministerpräsidenten gewählt [...], wird man sehen, wie ernst es den Sozialdemokraten im SDL mit der Marktwirtschaft und den Strukturreformen wirklich ist.«

Um ein *Fazit* der Polen-Berichterstattung zumindest im politischen Teil der »Frankfurter Allgemeinen« als der führenden national verbreiteten Tageszeitung der Bundesrepublik zu ziehen, kann man feststellen: Für das politisch interessierte Publikum wird, bei konsequenter Wahrung der konservativen Tendenz des Blattes, geleistet, was im Interesse eines tieferen Verständnisses für das Nachbarvolk allgemein zu wünschen wäre: Information, die zum Abbau von Unkenntnis und Vorurteilen beiträgt und eine gewisse Aufgeschlossenheit für die Probleme des »Nachbarn in Europa« schafft. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die Erwartungshaltung gegenüber Polen von den Interessen der deutschen Politik bestimmt wird und die sozialen Probleme entscheidender Teile der polnischen Bevölkerung, der Kleinbauern etwa, der Industriearbeiter oder gar der Arbeitslosen und Alten, höchstens am Rande erwähnt werden.

2. HINTER DER NEISSE BEGINNT DER OSTEN

Wenden wir uns nach den Führungszeitungen den regionalen Abonnementszeitungen und damit den Zeitungen für ein Massenpublikum zu.

Als Grenzland und deutscher Partner einer schon für die allernächste Zukunft ins Auge gefaßten Euroregion Neißة kommt dem Freistaat Sachsen bei der lebendigen Ausgestaltung eines auf gemeinsamen Interessen und gegenseitiger Achtung gegründeten gutnachbarlichen Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen eine besondere Verpflichtung zu. Das gilt für die Gestaltung intensiver wirtschaftlicher Beziehungen ebenso wie für die Schaffung einer die beiden Völker eher verbindenden denn trennenden Grenze und die menschliche Begegnung über die Brücken der Neißة hinweg. Gerade der persönliche, nachbarschaftlich-freundliche Kontakt zwischen Deutschen und Polen in den Städten und Dörfern der Grenzregion vermag in den Zeiten eines sich auch in Europa wieder ausbreitenden Nationalismus ein Zeichen der Toleranz zu setzen.

Es liegt also nahe, die in Sachsen verlegten bzw. verbreiteten Medien – die hier vorgestellte Untersuchung wendet sich mit den Regionalzeitungen einem besonders differenzierten, informationsintensiven und in allen Kreisen der Bevölkerung relativ stark beachteten Teil der Medienlandschaft zu – daraufhin zu befragen, was, wieviel und in welchem Ton sie über das Land und die Menschen hinter der Neiße zu berichten wissen. Mehr oder weniger durch persönliches Erleben, persönliche Eindrücke gefiltert, durch verfestigte Vorurteile und individuelle Gesichtspunkte gebrochen, wird das von den Journalisten entworfene Bild sich in den Auffassungen und Äußerungen der Menschen widerspiegeln. In der inhaltsanalytischen Untersuchung, deren hauptsächliche Ergebnisse im folgenden skizziert und kommentiert werden sollen, wurden die drei auflagenstärksten sächsischen Regionalzeitungen und eine mit Teilen ihrer Auflage in Sachsen verbreitete Zeitung – die »Sächsische Zeitung« (Ausgabe Dresden und Görlitz), die »Leipziger Volkszeitung« (Ausgabe Leipzig), die »Freie Presse« (Ausgabe Zwickau) sowie die »Lausitzer Rundschau« (Ausgabe Hoyerswerda) – über drei Monate, von November 1992 bis Februar 1993, hinweg auf das Bild hin befragt, das sie von Polen vermitteln.

3. UMFANG UND JOURNALISTISCHE FORM DER POLEN-BERICHTERSTATTUNG

3.1. *Die Zahl der veröffentlichten Beiträge*

Der Vergleich von fünf Ausgaben der vier auflagenstärksten in Sachsen verbreiteten Regionalzeitungen zeigt ein starkes Gefälle bereits in der Zahl und der Kontinuität der Beiträge über das Nachbarland und die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen:

- »Sächsische Zeitung« (SZ), Dresden: 266 Beiträge;
- »Sächsische Zeitung« (SZ), Görlitz: 358 Beiträge;
- »Lausitzer Rundschau« (LR), Hoyerswerda: 232 Beiträge;
- »Leipziger Volkszeitung« (LVZ), Leipzig: 99 Beiträge;
- »Freie Presse« (FP), Zwickau: 70 Beiträge.

Natürlich spiegeln sich in den Zahlen der Beiträge die von der unmittelbaren Grenznähe des jeweiligen Verbreitungsgebietes abhängende Zuwendung der Journalisten zu der Thematik wider: Während die Görlitzer Ausgabe der »Sächsischen Zeitung« in vier Monaten 358 Beiträge zu Polen und zu den deutsch-polnischen Beziehungen veröffentlicht, mithin drei bis

vier in jeder Nummer, sind es in der Zwickauer Ausgabe der »Freien Presse« insgesamt nur 70 Beiträge. Und es gibt Wochen, in denen das Wort Polen dort nicht einmal fällt.

Die Gegenüberstellung der Stadt-Ausgaben von Dresden und Leipzig der SZ bzw. LVZ – 266:99 Beiträge – deutet aber auch darauf hin, daß die Beachtung, die unsere Nachbarn im Osten finden, nicht *nur* von der Grenz-nähe, sondern auch von unterschiedlichen Auffassungen und Bedingungen in den Redaktionen und Verlagen abhängt. Für die LVZ, die einen großen Teil ihrer Auslandsberichterstattung mit Material aus den Nachrichten- und Korrespondenten-Pools der Verlagsgruppe Springer bestreitet, scheint Polen kaum näher zu liegen als ein beliebiges anderes europäisches Land.

Fazit: Insgesamt kann man sagen, daß die Polen-Berichterstattung der »Sächsischen Zeitung« und der »Lausitzer Rundschau« der Forderung nach einer kontinuierlichen Information über unser Nachbarland von der Quantität her gerecht werden dürfte – LVZ und »Freie Presse« das Land jenseits von Oder und Neiße aber nur wenig und sehr sporadisch beachten.

3.2. *Der Umfang (Länge) der Beiträge*

	SZ Dresden	SZ Görlitz	LR Hoyerswerda	LVZ Leipzig	FP Zwickau
Bis 10 Zeilen	81	99	41	47	20
Bis 50 Zeilen	128	194	130	31	25
Ab 50 Zeilen	57	65	61	21	25

Die erste Einschätzung bestätigt sich bei einem Blick auf den Umfang der von den einzelnen Zeitungen veröffentlichten Beiträge. Bei der LVZ machen die Hälfte der nicht sehr zahlreichen Beiträge über Polen noch solche unter zehn Druckzeilen, nicht selten Kurzmeldungen von drei bis vier Zeilen, aus, in denen kaum eine differenzierte Information zu leisten ist. Bei der »Freien Presse« stellen die ganz kurzen Beiträge etwa ein Drittel der insgesamt geringen Masse dar. In der »Sächsischen Zeitung« Dresden hingegen handelt es sich auch um etwa ein Drittel Kurzmeldungen, deren Zahl liegt aber bereits über der Gesamtzahl der Beiträge im Zwickauer Blatt und die Leser in Dresden erhalten auch einen beträchtlichen Teil von aktuellen Beiträgen bis zu fünfzig Druckzeilen Länge geliefert. In den grenznahen Verbreitungsgebieten Görlitz und Hoyerswerda dominieren längere Beiträge, die nicht nur eine wesentlich umfangreichere und differenziertere Information, sondern auch eine vielfältige Gestaltung gestatten.

Hervorzuheben ist, daß die »Sächsische Zeitung« wie auch die »Lausitzer Rundschau« dem Thema Polen eine nicht geringe Zahl umfangreicher Veröffentlichungen von über fünfzig Zeilen bis zu halben und ganzen Seiten widmen und dabei natürlich ein Vielfaches an Wissen und Nachdenken befördern können. In Leipzig und Zwickau sind es im Laufe der vier Monate ganze 21 bzw. 25 Beiträge, die das Maß eines kleinen Zweispalters überschreiten – gerade einmal *ein* Beitrag, in dem mehr gesagt als nur ein aktuelles Ereignis vermeldet werden kann.

Fazit: Um den Umfang der Polen-Berichterstattung an einem einzigen Beispiel in ein Verhältnis zum Gesamtumfang des journalistischen Angebotes zu setzen, sei erwähnt, daß die LVZ im Februar 1993 in 24 Nummern rund 400 Seiten redaktionellen Text angeboten hat und dabei 19mal auf Polen eingegangen ist – mit 460 Zeilen reinem Text, 660 Druckzeilen inklusive Überschriften. Das entspricht einer reichlichen halben Seite.

3.3. Die Platzierung der Beiträge

	SZ	SZ	LR	LVZ	FP
	Dresden	Görlitz	Hoyerswerda	Leipzig	Zwickau
Hauptteil	229	218	197	83	59
Länderteil	24	25	27	3	–
*Sachsen	24	24	16	3	–
*Brandenburg	–	1	10	–	–
*Mecklenburg	–	–	1	–	–
Lokalteil	13	115	8	13	11

Mit Ausnahme der Görlitzer Ausgabe der »Sächsischen Zeitung« findet sich das Thema Polen und deutsch-polnische Beziehungen überwiegend im Hauptteil der Zeitungen plaziert – in Dresden, Leipzig, Zwickau und Hoyerswerda erschienen in den vier Monaten nur jeweils ein rundes Dutzend von Beiträgen zu dieser Thematik auf den Lokalseiten. In Görlitz waren es dem gegenüber 115. Wie im weiteren Verlauf der Analyse noch an den thematischen Gesichtspunkten bewiesen werden soll, verweist diese Platzierung darauf, daß Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen in der Berichterstattung der Zeitungen vorwiegend als Regierungspolitik bzw. als diplomatischer Kontakt auf hoher Ebene reflektiert werden.

Fazit: Mit Ausnahme von Görlitz widerspiegelt sich in der Berichterstattung kaum der Alltag des Nachbarlandes, der Bürger Polens in ihrem Land oder als Gäste und Mitbürger in unserem Land. Die menschliche

Begegnung zwischen Deutschen und Polen auf der ganz »niederen« Ebene des privaten Kontaktes, der Nachbarschaft und der gemeinsamen Arbeit, des gegenseitigen Besuches von Vereinen, Sportmannschaften oder Chören stoßen in der Mehrzahl der sächsischen Regionalzeitungen offenbar nicht auf Interesse. Daß es neben dem deutsch-französischen aus dem gleichen historischen Grund auch ein deutsch-polnisches Jugendwerk gibt, findet kaum, auf der kommunalen Ebene aber schon gar keinen Widerhall.

3.4. Der Anteil der Genres

	SZ Dresden	SZ Görlitz	LR Hoyerswerda	LVZ Leipzig	FP Zwickau
Nachricht	198	255	126	61	42
Bericht	53	70	66	25	18
Kommentar	4	4	7	4	4
Leserbrief	6	11	11	1	—
Porträt	1	1	1	1	—
Reportage	1	3	1	1	—
Redetext	1	1	—	—	—
Umfrage	—	1	—	—	—
Dokument	1	1	—	1	—
Pressestimme	—	2	3	1	1
Interview	1	1	1	1	2
Rezension	—	—	—	—	3
Foto	23	41	59	12	10
Grafik	2	2	2	1	1

Es kann nicht nur an dem Zeit- und Materialdruck in den Redaktionen und etwaigen Konzessionen an eilige und des gründlichen Lesens unlustige Leser liegen, es drückt auch den Stellenwert der Polen-Berichterstattung aus, daß sie zu zwei Dritteln bis drei Vierteln aus *Nachrichten* besteht: 198 von 266 Beiträgen in der SZ Dresden; 255 von 358 in der SZ Görlitz; 126 von 232 in der »Lausitzer Rundschau« sowie 61 von 99 in der LVZ und 42 von 70 in der »Freien Presse«.

Natürlich sichert die stets kurze Nachricht einen häufigeren Abdruck von Informationen und damit vielleicht auch eine häufigere Wahrnehmung durch die Leser. Und sicher kann sich bei einigermaßen kontinuierlicher Berichterstattung aus einer Vielzahl von Nachrichten für den interessierten Leser auch ein der Wirklichkeit adäquates Mosaik der aktuellen Situation ergeben.

Aber in der Natur des Genres Nachricht liegen auch Beschränkungen, die ihre vorrangige oder nahezu ausschließliche Verwendung als einen Verlust für die Qualität gerade in der Berichterstattung über ein anderes Land, ein anderes Volk sehen lassen: Die Nachricht, zumal die ganz kurze, ist so ausschließlich auf ein »Ereignis« orientiert, daß sie keinerlei Tiefensicht bietet. Hintergründe, Begleitumstände und Folgen eines stets als äußerste Zuspitzung verstandenen Geschehens bleiben außer Betracht. Und: Die Nachricht vermittelt zumeist keinen Blick auf den Menschen, gar den »alltäglichen« Menschen – und kann auf diese Weise sehr wenig zu einem Verständnis für andere Völker, andere Kulturen beitragen.

Alle diese Beschränkungen des Genres spiegeln sich auch in den Nachrichten über Polen wider: Im Sejm wird bis aufs Messer gestritten. Frau Suchocka kämpft um ihre Wirtschaftspolitik. Präsident Wałęsa glänzt mit diesem oder jenem Alleingang. Man installiert in Polen ein neues, unsäglich rigides Abtreibungsrecht. Bergleute streiken. Bergleute streiken immer noch. Und vor der deutschen Küste sinkt eine polnische Fähre ... Ein Kaleidoskop von Momentaufnahmen und Splintern vom Geschehen, die sich auch für den interessiertesten Leser nicht zu einem Gesamtbild fügen können.

Bedeutend mehr an Zusammenhängen, Hintergründen und auch an Bewertungen einer Situation oder eines Ereignisses vermag der journalistische *Bericht* zu vermitteln. Bei seiner Verwendung in der Polen-Berichterstattung der einzelnen Blätter schlagen aber die sehr unterschiedlichen Quantitäten zu Buche: Zwischen fünfzig und siebzig Berichte, d. h. pro Monat rund fünfzehn, in beiden Ausgaben der »Sächsischen Zeitung« und in der »Lausitzer Rundschau« lassen durchaus einen Blick auf die polnische Gesellschaft zu – wenn sie, was noch zu betrachten bleibt, thematisch entsprechend angesiedelt sind. Mit 25 bzw. 18 Berichten in vier Monaten können LVZ und »Freie Presse« aber auf gar keinen Fall ein auch nur einigermaßen aussagekräftiges oder gar differenziertes Bild von dem so außerordentlich konfliktreichen Weg des Nachbarlandes in eine Neugestaltung seiner gesellschaftlichen Grundlagen zeichnen. Zumal, wenn sie bei der Freien Presse nahezu die einzigen etwas umfangreicheren Beiträge bleiben.

Was das Genre Bericht an Darstellung und Erklärung wesentlicher Sachverhalte und an einer das Verständnis für das benachbarte Land und seine Menschen fördernden Aufklärung der Leser zu leisten vermag, wird an den *Korrespondentenberichten* deutlich, die zwar selten aber doch in allen untersuchten Zeitungen, zumeist von der auch für die »Frankfurter Rundschau« arbeitenden Warschauer Korrespondentin Edith Heller geschrieben, veröffentlicht werden. Beispielhaft zu nennen ist die differenzierte Analyse

aktueller Entwicklungen in der polnischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Frau Heller mit ihrem am 25. Februar 1993 in der LVZ abgedruckten Korrespondentenbericht »Beim Solidarpakt sind Polen schneller« gibt. Ähnlich ihre am 1. Februar 1993 in der »Lausitzer Rundschau« veröffentlichte Korrespondenz »Turbulenzen um Lech Wałęsa«, die über das aktuelle Geschehen im Sejm hinaus einen Blick auf die komplizierte politische und Parteienlandschaft Polens gestattet.

Selten – mit Ausnahme der »Lausitzer Rundschau« (siebenmal) in allen Zeitungen genau viermal – ist Polen den Redaktionen ein *Kommentar* wert. Die Mehrzahl von ihnen stammt ebenfalls von Edith Heller. Ganz selten aber erhält sie von den Redaktionen die Gelegenheit, in den Kommentaren tatsächlich ihre profunde Kenntnis der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes zur Information und Aufklärung des deutschen Lesers einzusetzen: Die Mehrzahl der Kommentare ist eigentlich der Reflexion deutscher innenpolitischer Debatten in der polnischen Öffentlichkeit gewidmet, der Abwehr und Rückführung von Asylsuchenden etwa. So sind von den sieben Polen berührenden Kommentaren in der »Lausitzer Rundschau« nur einer einem Problem der polnischen Innenpolitik und einer den umfangreichen deutsch-polnischen Gesprächen und Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Besuch der polnischen Premierministerin in Bonn gewidmet.²⁴

So gut wie ausgelassen werden von den Zeitungen die Möglichkeiten, die *Reportage* und *Porträts* bieten, den Lesern Situationen und Entwicklungen im Nachbarland miterleben zu lassen und einen Blick in das Gesicht der Menschen hinter Oder und Neiße zu tun. Einzig in der Görlitzer Ausgabe der »Sächsischen Zeitung« sind in den vier Monaten wenigsten drei Reportagen erschienen; in allen anderen bestenfalls eine.

In gewissem Maße leistet den Blick in das andere Land und in das Antlitz eines anderen Volkes auch das *Pressefoto*: Die »Lausitzer Rundschau« in Hoyerswerda und die Görlitzer Ausgabe der »Sächsischen Zeitung« setzen es in relativ großem Umfang ein. Daß ihren 59 bzw. 41 Fotos bei den Leipziger und Zwickauer Kollegen nur zwölf bzw. zehn gegenüberstehen, hängt dort wohl nicht mit einem Mangel an guten Bildern, sondern mit einer Unterschätzung des Anliegens zusammen, den Bürgern des Freistaates auch ihre Nachbarn im Osten menschlich näherzubringen.

24 Siehe Edith Heller: Folgenreicher Beschluß zum neuen Abtreibungsgesetz. In: »Lausitzer Rundschau«. Ausgabe Hoyerswerda vom 9. Januar 1993. – Wolfgang Swat: Mehr als Händeschütteln. In: Ebenda vom 6. November 1992.

Frappierend ist ein Vergleich der Zeitungen auch bei den *Leserbriefen*: In Görlitz und in Hoyerswerda konnten sich je elf Leser mit ihren Gedanken zu Polen in die Öffentlichkeit begeben, in Dresden waren es immerhin fünf, in Leipzig einer und in der Freien Presse Zwickau kein einziger!

3.5. *Die Quellen*

Der Anteil der Eigenberichterstattung der Zeitungen hängt unmittelbar mit dem Umfang der Polen-Berichterstattung auf den jeweiligen Lokalseiten zusammen. In den Ausgaben von Görlitz und Hoyerswerda stellen die von Mitarbeitern der Redaktion geschriebenen Beiträge mit 110 von 358 bzw. 85 von 232 jeweils ein rundes Drittel aller Beiträge. In der Zwickauer und Dresdner Ausgabe liegt dieser Anteil wesentlich darunter. Die mit 29 von allerdings nur 99 Beiträgen relativ hohe Zahl der Eigenbeiträge der LVZ ergibt sich nicht zuletzt aus der rührigen Öffentlichkeitsarbeit des Polnischen Instituts Leipzig.

Abgesehen von der »Sächsischen Zeitung«, die das in einem gewissen Umfang tut, arbeiten die Zeitungen in der Berichterstattung über Polen nicht mit freien Autoren, etwa Wissenschaftlern oder Wirtschaftsfachleuten zusammen. Das erscheint als Mangel, da es zumeist auch einen Verzicht auf die gründliche analytische Betrachtung aktueller und gesellschaftlicher Entwicklungen signalisiert. Und soweit erkennbar, werden auch nur in äußerst geringem Umfang polnische Quellen genutzt, um das Bild Polens und der deutsch-polnischen Beziehungen aus dem Blickwinkel des Nachbarn zu betrachten.

4. DIE DARSTELLUNG DER AKTUELLEN SITUATION UND DER ENTWICKLUNG POLENS

4.1. *Der Anlaß des Beitrages und die Handlungsträger*

	SZ Dresden	SZ Görlitz	LR Hoyerswerda	LVZ Leipzig	FP Zwickau
Ereignis Deutschland	22	24	24	15	26
Ereignis Sachsen	12	8	11	8	7
Stadt in Sachsen	40	82	19	14	2
Anderes Bundesland	13	9	15	4	—
Andere deutsche Stadt	13	13	18	—	—
Ereignis Polen	63	79	53	45	21
Ereignis Wojewodschaft	14	16	5	1	—
Stadt in Polen	41	82	22	1	2
Deutscher Politiker	17	16	10	2	1
Polnischer Politiker	5	10	1	—	—
Redaktionelle Erwägung	39	40	48	12	11
Leserbrief	6	12	11	—	—

Ein erfreulich ausgewogenes Bild vermittelt die Untersuchung, wo der Anlaß für eine bestimmte aktuelle Situation zu suchen ist. In etwa zu gleichen Teilen liegt er in Deutschland und in Polen. Wobei es auch natürlich ist, daß es sich bei den in Polen stattfindenden »Ereignissen« vorwiegend um Geschehen auf höchster Ebene handelt, bei den in Deutschland stattfindenden hingegen die Streuung breiter ist und im Vordergrund sogar Ereignisse aus dem eigenen Verbreitungsgebiet stehen. In der »Sächsischen Zeitung« und der »Lausitzer Rundschau« erscheinen in beachtlichem Umfang auch Ereignisse zu polnischen Partner- oder benachbarten Städten als Anlaß einer Berichterstattung; bei der LVZ und der »Freien Presse« spielt diese Ebene kaum eine Rolle, was mit einer stärkeren Beschränkung auf Ereignisse in der Regierungspolitik verbunden sein dürfte.

Überraschend gering ist in allen Zeitungen die Zahl der Veröffentlichungen, die auf Ereignisse in der Landesebene zurückzuführen sind. Auch dieser Indikator bestätigt die andernorts noch zu treffende Feststellung, daß die deutsch-polnischen Beziehungen in der Landespolitik des Freistaates Sachsen entweder keine große Rolle spielen oder schlecht in die Öffentlichkeit gebracht werden. Im Hinblick auf die besondere Verantwortung eines Grenzlandes für die Gestaltung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa erscheint das bedenkenswert.

Fazit: Im Hinblick auf die Handlungsträger ist bedauerlich, daß auch diejenigen Zeitungen, die etwas umfangreicher die Vertreter von Politik und Wirtschaft direkt zu Wort kommen lassen – SZ, Dresden mit 22; LR, Hoyerswerda mit elf Interviews bzw. längeren Statements – nur selten polnische Politiker oder Spitzenleute der Wirtschaft im Originalton zitieren: die »Sächsische Zeitung« mit fünf gegenüber 17 deutschen Stimmen, die »Lausitzer Rundschau« mit einer polnischen im Vergleich zu zehn deutschen. LVZ und »Freie Presse« begeben sich fast völlig der Chance, die Auffassungen wichtiger Persönlichkeiten von diesseits oder von jenseits der Grenze zu den deutsch-polnischen Beziehungen sprechen zu lassen. Ganz anders die Stadtseite Görlitz: Sie läßt zehn polnische und 16 deutsche Bürger, Kommunalpolitiker, Repräsentanten von Wirtschaft und Kulturleben zu Wort kommen und gibt ihren Lesern damit die Chance, sich differenziert zu informieren und unterschiedliche Positionen und Meinungen zu bestimmten Problemen kennenzulernen und zu vergleichen.

Die Stadtausgabe Görlitz der SZ und die Ausgabe Hoyerswerda der LR sind es auch, die in nennenswertem Umfang die Leser selbst zu Wort kommen lassen.

4.2. *Der Inhalt der Berichterstattung über Polen (Thema des Beitrages)*

a) Gesellschaftliche Entwicklung und Ereignisse in Polen:

	SZ Dresden	SZ Görlitz	LR Hoyerswerda	LVZ Leipzig	FP Zwickau
Polen – EG	1	2	5	2	1
Polen – andere Staaten	18	16	10	3	5
Polnische Ökonomie	26	36	16	18	7
Kommunen in Polen	–	4	–	–	–
Polnische Innenpolitik	51	59	32	13	13
Kultur/Wissenschaft	3	9	2	1	3
Sport	–	6	3	–	–
Polnische Geschichte	2	2	2	–	–
Reiseland Polen	4	8	18	1	–

b) Beziehungen zwischen Polen und Deutschland:

	SZ		LR	LVZ	FP
	Dresden	Görlitz	Hoyerswerda	Leipzig	Zwickau
Regierungsebene	52	50	48	25	24
Länderebene	27	27	19	9	9
Städte/Gemeinden	18	30	16	2	1
Unternehmen	29	36	22	1	2
Kultur/Wissenschaft	21	52	29	14	9
Jugendaustausch	6	12	5	2	2
Private Kontakte	8	36	14	1	1
Nationalismus	9	7	5	2	1
Deutsche Minderheit	4	4	2	4	1
Landsmannschaften	--	4	--	--	--

c) Personen, die im Beitrag zu Wort kommen:

	SZ		LR	LVZ	FP
	Dresden	Görlitz	Hoyerswerda	Leipzig	Zwickau
Deutsche Politiker	49	62	41	8	8
Polnische Politiker	25	28	18	6	11
Deutsche Wirtschaftsvertreter	12	8	7	3	2
Polnische Wirtschaftsvertreter	3	4	9	1	1
Deutsche Wissenschaftler	3	6	2	--	1
Polnische Wissenschaftler	1	8	5	3	2
Deutsche Künstler	--	3	1	--	--
Polnische Künstler	2	1	2	1	1
Deutsche Sportler	1	4	--	--	1
Polnische Sportler	1	1	--	--	--
Deutsche Jugendliche	4	1	3	1	--
Polnische Jugendliche	2	1	2	--	--
Angehörige der deutschen Minderheit	3	3	1	2	--
Vertreter der Landsmannschaften	--	--	4	--	--
Andere	8	17	14	--	--

d) Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen:

	SZ Dresden	SZ Görlitz	LR Hoyerswerda	LVZ Leipzig	FP Zwickau
Bis 1939	1	2	2	–	–
1939–1945	2	6	12	5	2
Polen – DDR bis 1990	2	1	2	–	1

Im Vordergrund der nicht sehr umfangreichen Berichterstattung über die innere Entwicklung Polens und seine internationalen Verbindungen – außer denen zu Deutschland – stehen Meldungen über *aktuelle innenpolitische Ereignisse*. Die relativ große Zahl von Nachrichten und Berichten konzentriert sich in diesen Monaten jedoch auf lediglich drei Themen: das parteipolitische Kräfteverhältnis und die Schwierigkeiten der Regierung von Frau Suchocka in ihrem Kampf um Mehrheiten bei der parlamentarischen Diskussion vor allem der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung; die tiefgreifenden und für das Land voraussichtlich noch folgenreichen Auseinandersetzungen um das neue, außerordentlich rigide Abtreibungsgesetz, das unter dem Druck der katholischen Kirche und der von ihr beeinflussten Parteien im Sejm verabschiedet wurde; Querelen um Person und Amtsführung von Präsident Wałęsa.

In der Ausgabe Görlitz der »Sächsischen Zeitung« stehen neben den Meldungen aus Warschau in beträchtlichem Umfang auch kommunalpolitische aus Zgorzelec und den grenznahen Wojewodschaften; in geringerem Maße trifft das auch für die Ausgabe Hoyerswerda der »Lausitzer Rundschau« zu. In den anderen Zeitungen geht es ausschließlich um die Politik in der Landeshauptstadt bzw. auf Regierungsebene.

Dabei täuscht der zahlenmäßige Umfang der Berichterstattung ein wenig darüber hinweg, daß es sich nicht nur um ein sehr begrenztes Spektrum von Themen, sondern fast ausschließlich auch um tagesaktuelle Nachrichten handelt, die keinerlei analytischen Tiefgang oder auch nur eine gewisse Ausleuchtung des gesellschaftspolitischen Hintergrundes oder bestimmter längerfristiger Entwicklungstendenzen aufzeigen. Nur ganz wenige Kommentare – zumeist von der Warschauer Korrespondentin Edith Heller – oder etwa ein ebenfalls von dieser Journalistin geschriebenes Porträt der polnischen Ministerpräsidentin vermitteln einen Einblick in tieferliegende Zusammenhänge und weiterreichende Konsequenzen bestimmter tagespolitischer Ereignisse – zeigen dabei aber auch, was an Erklärung und Einordnung eigentlich erforderlich wäre, um dem Leser ein annähernd stimmiges Bild von den Entwicklungen im Nachbarland zu vermitteln.

Relativ umfangreich ist die *Wirtschaftsberichterstattung*. Bei den Meldungen handelt es sich allerdings fast ausschließlich um sehr kurze Nachrichten und – mit Ausnahmen in Görlitz und Hoyerswerda – um ein recht enges Spektrum von Themen: die Ansiedlung westeuropäischer und amerikanischer oder japanischer Firmen in Polen; die Privatisierung von Betrieben bzw. den Aufbau neuer zumeist mittelständischer polnischer Firmen oder Investitionen von zurückkehrenden Auslandspolen; die großen Bergarbeiterstreiks, die um die Jahreswende im oberschlesischen Kohlerevier geführt wurden und das Land in starke Bewegung brachten. Kaum vermittelt werden zusammenfassende statistische Daten über die wirtschaftliche Entwicklung Polens geschweige denn Beiträge analytischer Art. Eine wirkliche Einschätzung der wirtschaftlichen Situation des Nachbarlandes wird dem Leser also nicht möglich.

Zahlenmäßig an dritter Stelle stehen, ebenfalls sehr knapp gehaltene, Meldungen zu *außenpolitischen* Aktivitäten und Kontakten der polnischen Regierung. Überraschend selten geht es dabei allerdings um Verhandlungen oder Abkommen mit Staaten der Europäischen Gemeinschaft oder mit Institutionen der EG.

Zahlen- und umfangmäßig äußerst schmal ist die Berichterstattung über die Situation und Entwicklung von *Wissenschaft* und *Kultur* in Polen. Sehen wir einmal von der auch hier positiv abweichenden Görlitzer Ausgabe der SZ ab, so sind diese Themen den Zeitungen innerhalb von vier Monaten ganze drei Meldungen, wenn nicht noch weniger wert. Natürlich kann hier in Rechnung gestellt werden, daß auch durch die insgesamt recht zahlreichen Meldungen zu Aktivitäten und Präsentationen polnischer Künstler in Deutschland Wissen und Vorstellungen über die Kultur Polens vermittelt werden. Aber einerseits kann das nicht eine umfassendere Darstellung der kulturellen Landschaften des Nachbarlandes ersetzen, wie sie etwa mit dem Genre Kulturbrief in durchaus zeitgemäßer Form geleistet werden könnte. Und zum anderen fällt auf, daß die Berichterstattung über Kulturthemen ausschließlich die Arbeiten einzelner Künstler betrifft: Es gibt bis auf die eine oder andere Ausnahme – etwa einen Bericht über die dramatische Situation der weltweit anerkannten polnischen Restauratoren in der LVZ – keine Darstellung der Situation der polnischen Theater, des polnischen Films, der polnischen Plakatkunst, um nur einige zu nennen.

Noch auffälliger ist das fast absolute Schweigen über die Situation des Bildungswesens im Nachbarland, die Lage und Entwicklung der polnischen Universitäten. Fast überflüssig zu erwähnen, daß es so gut wie keine Meldungen aus dem gesamten Bereich der Wissenschaft in Polen gibt. Wobei

dieses Thema auch im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen nur ganz am Rande bleibt.

An der Situation Sachsens als eines Grenzlandes, muß selbst dann noch einmal erinnert werden, wenn man sich betrachtet, wie Polen in den sächsischen Regionalzeitungen als ein potentiell *Reiseland* reflektiert wird. Für die Leser in Görlitz und Hoyerswerda erscheinen immerhin acht bzw. 18 (!) Beiträge, in denen reizvolle Landschaften und ganz konkrete touristische Ziele in dem Land zwischen Ostsee und Karpaten vorgestellt werden; schon die Leser in Dresden finden solche Beiträge nur viermal, die Leipziger ein einziges Mal und die Zwickauer gar nicht.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß kaum eine Zeitung ihren Lesern nach einem ersten, an Tagesereignissen haften bleibenden, einen zweiten, auf Hintergründe und Zusammenhänge gerichteten Blick in das Nachbarland, den Partner der Euroregion Neiße, gestattet. Natürlich geht das in erster Linie auf die Technik eines ausschließlich ereignisorientierten Journalismus auch auf den internationalen Seiten der an ein Massenpublikum gerichteten regionalen Abonnementszeitungen zurück. Aber erstens existieren im Rahmen der ganzen Zeitung *nicht* die Zwänge, die Nachrichtenseiten bestimmen: auf den Wirtschafts-, Kultur-, Reise- und diversen anderen Seiten ließen sich, den redaktionellen Willen vorausgesetzt, viele Berichte, Interviews, Artikel unterbringen, die das Land und seine Menschen erkennen und verstehen ließen. Und zweitens gibt es andere europäische Länder, über die auch ohne tagesaktuellen Anlaß ausführlicher berichtet wird.

Fazit: Umfang, Thematik und Art der Berichterstattung drängen den Schluß auf, daß zumindest für einige Redaktionen der sächsischen Regionalpresse jenseits von Oder und Neiße nicht ein interessantes Land des nahen Mitteleuropa liegt, sondern das ferne Osteuropa beginnt.

5. DIE JOURNALISTISCHE DARSTELLUNG DER DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN

a) *Die erste Ebene*

Die vom Umfang und von der Kontinuität der Nachrichtengebung her mit weitem Abstand erste Ebene der Berichterstattung ist zweifellos die der offiziellen Kontakte, Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der polnischen Regierung. Ihr sind in den beiden Ausga-

ben der »Sächsischen Zeitung« und in der »Lausitzer Rundschau« jeweils rund 50 und in der LVZ sowie der Freien Presse 25 bzw. 24 Beiträge gewidmet. Dabei handelt es sich zwar vorrangig um Nachrichten; es erscheinen aber auch zahlreiche Berichte, einige Interviews. Und mehr als zwei Drittel aller Kommentare im Zusammenhang mit Polen beschäftigen sich mit den deutsch-polnischen Beziehungen im Landesmaßstab.

Allerdings gibt es für die diplomatische Berichterstattung in den vier Monaten nur *ein*, bestenfalls zwei Themen: die deutsch-polnischen Vereinbarungen zur Abwehr bzw. zur Rücküberstellung von Asylbewerbern, die über das als »sicheres Drittland« eingeordnete Polen in die Bundesrepublik gelangen wollen, und, mit merklichen Abstrichen, der Besuch von Frau Suchocka in Deutschland sowie die Besuche deutscher Politiker in Polen.

Die Kommentare, die den gesamten Prozeß der deutsch-polnischen Verhandlungen zu diesem Problembereich begleiten, gehen übereinstimmend davon aus, daß Bonn versucht, den Nachbarn im Osten und im Südosten die Sorge um eine Abwehr und die Abschiebung des Gros der aus Südosteuropa kommenden Asylbewerber aufzubürden. Man erkennt auch an, daß dieses Ansinnen für die wirtschaftlich schwachen und sich politisch erst stabilisierenden Länder eine außerordentliche, eigentlich kaum zumutbare ökonomische und innenpolitische Belastung darstellt – fügt dem aber die tröstende Bemerkung hinzu, daß die Bundesregierung sich ja bereiterklärt habe, Warschau einen finanziellen Ausgleich zu zahlen.

»Die Leichtigkeit, mit der die Nachbarn über den Tisch gezogen werden, läßt sich, wenn überhaupt, nur noch mit der Zusage ertragen, den Anschluß an Europa zu unterstützen. Über die Ernsthaftigkeit solcher Versprechen angesichts jetzigen Großmacht-Gebarens dürfte aus polnischer Sicht größter Zweifel herrschen. Bonn andererseits zu verärgern, hieße einen wichtigen Fürsprecher zu verlieren«²⁵.

Dieser letzte Satz des LVZ-Kommentars signalisiert einen Gedanken, der die Kommentare zu den deutsch-polnischen Beziehungen wie ein roter Faden durchzieht und den Wolfgang Swat in der »Lausitzer Rundschau« auch über den Besuch von Frau Suchocka in Deutschland formulierte: »Im Nachbarland hat man mehr als einmal die Auffassung bekräftigt, daß der Weg Polens Richtung EG wohl nur über Deutschland führt.«²⁶

25 »Leipziger Volkszeitung« vom 9. Februar 1993.

26 »Lausitzer Rundschau«. Ausgabe Hoyerswerda vom 6. November 1992.

b) Beziehungen auf regionaler Ebene

Die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen auf der regionalen und auf der kommunalen Ebene nimmt in der »Sächsischen Zeitung« und in der »Lausitzer Rundschau« einen breiten Raum ein; in der LVZ und der »Freien Presse« bleibt sie hingegen weit hinter der Information über die Beziehungen auf Regierungsebene zurück.

Sehen wir von der zumindest in einigen Städten und Gemeinden der Grenzregion anzutreffenden lebendigen Vielfalt der deutsch-polnischen Beziehungen ab, wie sie sich etwa in der weiter unten noch gesondert zu betrachtenden Lokalberichterstattung in Görlitz, mit Abstrichen auch in Hoyerswerda, widerspiegelt, so ist die regionale Spezifik der Begegnung zwischen den beiden Völkern in der journalistischen Darstellung, anscheinend aber auch in der Realität, eher begrenzt: auf ihre administrativen und ihre ökonomischen Aspekte.

Die Aufmerksamkeit der sächsischen Zeitungen – und wohl auch der anderen Medien – gewannen die Beziehungen zu Polen vor allem im Zusammenhang mit dem ersten Besuch von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf im Nachbarland: Zu den »praktischen Problemen, die regional gelöst werden können« und über die dementsprechend verhandelt wurde, zählten laut LVZ vom 10. Februar 1993 eine »Kommission, die den Kommunikationsproblemen zwischen sächsischer und polnischer Polizei auf den Grund geht und Lösungen vorschlägt«, ebenso wie die »Schaffung eines weiteren Grenzüberganges in Sachsen und [...] der] Bau einer Brücke für Fußgänger und Radfahrer über die Neiße«, ein gemeinsamer Unternehmertag in Jelenia Góra und die Zusammenarbeit beim Umbau eines unmittelbar an der polnischen Grenze gelegenen ehemaligen NVA-Flughafens in einen zivilen. Die damals noch amtierende Kultusministerin »will auch den Schüleraustausch in der Grenzregion und den polnischen Sprachunterricht ausbauen«.

Ein Kernstück regionaler Grenzland- und Integrationspolitik sind die gerade von Sachsen initiierten vier *Euroregionen* an der polnischen und der tschechischen Grenze, deren Idee, wie der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Volker Schimpff in einem Interview mit der »Lausitzer Rundschau« am 14. Januar 1993 formuliert, »über das bisherige westeuropäische Integrationsmuster hinaus(weist)«. Schimpff, auch Vizepräsident des stark in der Propagierung und Gestaltung der Euroregionen engagierten Verbandes Europäische Bewegung Sachsen e. V. und Mitglied des Präsidiums der konservativen Paneuropa-Union Deutschland, sieht die Aufgabe der Euroregionen sehr komplex und sehr politisch: »Wir sind als einzige Ostmittel-

europäer in der westeuropäischen Gemeinschaft Mitglied. Unsere Aufgabe ist es, die Nachbarn im Süden und Osten so schnell wie möglich in die EG hineinzubringen [...] Wenn wir nicht alles tun, um unsere Nachbarländer in der Entwicklung ihrer Demokratie zu unterstützen und ihnen aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuhelfen, dann werden wir eines Tages mit ihnen unten [d. h. nicht »auf dem hohen Sockel des westeuropäischen Reichtums« – d. V.] sitzen.«

Ein etwas anderes Licht auf die von Schimpff geforderte Integration wirft seine Antwort auf eine Frage zu den Forderungen des christlich-konservativen Deutschland-Forum nach einem »Rückkehrrecht für die Vertriebenen« und »Möglichkeit zur Rückgabe von Immobilien«. Er sagt »Wenn Polen sowie Böhmen und Mähren in die europäischen Integrationsprozesse einbezogen werden, dann nur als freiheitlich-demokratische Rechtsstaaten. Das heißt Rechtsstaatlichkeit in jeder Beziehung, einschließlich der Anerkennung der Unrechtmäßigkeit der Vertreibung, wie es Präsident Havel schon sehr früh gesagt hat. Das bedeutet auch, daß die Enteignung der Deutschen [...] bei einer rechtsstaatlichen Entwicklung rückgängig gemacht werden muß. Das bedeutet ferner, wenn Staaten anstreben, Mitglied der EG zu werden, in der Freizügigkeit für Menschen herrscht, daß diese Freizügigkeit auch für diejenigen oder ihre Kinder und Enkel gilt, die in die alte Heimat zurückkehren wollen [...] Schade ist, daß viel weniger Menschen die Rückkehr in die alte Heimat erwägen, als es für diese Landschaften notwendig ist.«²⁷

c) Wirtschaftsbeziehungen

Über die Problematik der von den Kommunen, zum Teil auch von Unternehmern in den Euroregionen aufgebauten oder zumindest geplanten deutsch-polnischen Kooperationen hinaus, berichten vor allem »Sächsische Zeitung« und »Lausitzer Rundschau« – in 29 und 36 bzw. 22 Beiträgen – recht umfangreich auch über andere Beispiele der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern.

Vorwiegend handelt es sich dabei um meist kurze Meldungen über Investitionen bzw. Joint Ventures großer deutscher Firmen in Polen. Gelegentlich geht es auch um eine weitere Expansion bereits in Sachsen aufgebauter Tochterbetriebe größerer westdeutscher Unternehmen, wie das

27 »Lausitzer Rundschau«. Ausgabe Hoyerswerda vom 14. Januar 1993.

in dem von der LR erwähnten Falle bei der zur Holzmann AG Frankfurt gehörenden Freiburger Ingenieurgesellschaft GEOS zu verzeichnen ist, die nun weitere Töchter in Polen und der Tschechischen Republik gründet. Nur selten sind es kleine oder mittlere Betriebe aus der Region, die mit polnischen Betrieben eine Kooperation eingehen.

Immer wiederkehrende Probleme sind Dumping-Preise, mit denen polnische Lieferanten zum Beispiel auf dem Baustoffmarkt ihre deutschen Konkurrenten in Schwierigkeiten bringen; die Klagen polnischer Firmen, vor allem aus dem Baugewerbe, über die durch Regierungsabkommen nach ihrer Meinung nach zu stark begrenzte Zahl der Arbeitsgenehmigungen für polnische Arbeitskräfte wie andererseits auch die Klagen insbesondere der deutschen Gewerkschaften über die hohe Zahl der von deutschen Bauunternehmen und Zeitarbeitsfirmen halb legal oder illegal auf den Baustellen auch in Sachsen beschäftigten polnischen Arbeiter.

Unter der Überschrift »Polnische Wünsche« bringt Edith Heller in der »Freien Presse« vom 6. November 1992 ein Kernproblem deutsch-polnischer Wirtschaftsbeziehungen auf den Punkt: »Eines der Hauptziele der polnischen Ministerpräsidentin bei ihrem Antrittsbesuch in Deutschland war die Werbung um ausländisches Kapital [...] Bedenken vor einem Ausverkauf an die Deutschen, wie sie von rechts-nationalen Koalitionspartner zunächst vorgebracht worden waren, scheinen inzwischen überwunden [...] Unter den Investoren stehen die Deutschen mit einem Anteil von mehr als einem Drittel an der Spitze, der deutsch-polnische Warenumsatz lag im vergangenen Jahr immerhin bei 15 Milliarden Mark [...] Mit Ungeduld warten viele Unternehmer auf das Engagement deutscher Geschäftsbanken, die bisher österreichischen und amerikanischen Konkurrenten das Feld überließen, weil verschiedene Altschuldenfragen auf polnischer Seite noch nicht zur Zufriedenheit gelöst worden sind.«

d) Belastungen und Probleme

Rein quantitativ fallen die journalistischen Beiträge, die Belastungen der deutsch-polnischen Beziehungen jenseits der meist objektiv bedingten und mit einiger Geduld befriedigend zu lösenden ökonomischen Probleme signalisieren, nicht so sehr ins Gewicht: In der »Sächsischen Zeitung« und der »Lausitzer Rundschau« befassen sich jeweils ein rundes Dutzend, in den beiden anderen Zeitungen sechs bzw. zwei Beiträge mit nationalistischen Gewalttaten in Deutschland und in Polen – nur die »Lausitzer Rundschau«

erhebt sich jedoch über die emotionsarme Anonymität der Nachricht und stellt den bei einem brutalen Überfall bei Ortrand lebensgefährlich verletzten jungen polnischen Fernfahrer in einem einfühlsam geschriebenen Bericht persönlich vor – sowie mit aktuellen Problemen und Konflikten im Verhältnis zwischen Teilen der in Polen lebenden deutschen Minderheit und ihren polnischen Nachbarn, im Ausnahmefall auch polnischen Behörden.

Auf soziale Spannungen, die sich aus der doppelten Staatsangehörigkeit einer inzwischen beträchtlichen Zahl der auf etwa 700.000 bezifferten deutschstämmigen Bürger Polens ergeben, verweisen Edith Heller am 6. November 1992 in der LVZ (»daß sich immer mehr junge Männer mit zwei Pässen in der Tasche vor dem Wehrdienst nach Deutschland verdrücken«) und der afp-Korrespondent in Opole, Michael Viatteau, in der »Freien Presse« vom 8. Januar 1993 (»Während viele ihrer polnischen Nachbarn arbeitslos sind, bringen die Deutschstämmigen oft schöne Autos und begehrte Waren aus Deutschland mit nach Hause.«).

Edith Heller vermag es, in einer sehr differenziert angelegten Reportage aus schlesischen Dörfern, in denen deutsche Minderheiten leben,²⁸ Verständnis sowohl für einen Teil der vorwiegend älteren Deutschen, die lediglich ihrer im Krieg gefallenen Angehörigen gedenken wollen, als auch für die polnischen Bürger und die polnischen Lokalbehörden zu wecken, die in den mancherorts wieder aufgerichteten deutschen »Kriegerdenkmälern« vor allem eine Ehrung für die Mörder und eine Beleidigung ihrer ermordeten Angehörigen und Mitbürger erkennen. Sie läßt Gründe für die Reaktionen beider Seiten aufleuchten, verweist aber auch auf die Gefahren einer Zuspitzung dieser so unnötigen Auseinandersetzungen. Sie verweist auf die in aller Regel sehr mäßigen Forderungen der polnischen Behörden nach einer auf die Empfindlichkeiten aller Rücksicht nehmenden »Entschärfung« der Denkmäler und hofft auf die Vermittlung des Bischofs von Oppeln, wenn sie schreibt: »Eine diplomatische Lösung tut dringend not, wenn die Vergangenheitsbewältigung in Schlesien nicht in einen Denkmalskrieg ausarten soll.«

Zur Erklärung mancher Problemfelder tragen die insgesamt – mit Ausnahme höchstens der »Lausitzer Rundschau« – allerdings nicht sehr zahlreich erschienen Beiträge zur deutsch-polnischen *Geschichte* bei. Der thematische Bogen der meist nur kurzen Beiträge reicht von der drohenden Auslöschung Polens, wie sie im Hitler-Stalin-Pakt anvisiert wurde, über die

28 Edith Heller: In Schlesien ist ein »Krieg um Kreuze« entflammt. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 5. November 1992.

Ermordung der jüdischen Bürger Polens und die höchst aktuellen Auseinandersetzungen um eine angemessene Entschädigung der überlebenden polnischen Zwangsarbeiter durch die deutsche Industrie bis zur Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Schlesien und Pommern. Nur zwei bzw. eine Meldung in der »Sächsischen Zeitung« und der »Lausitzer Rundschau«²⁹ gehen auf die Geschichte DDR – Polen, kein einziger auf die historischen Beziehungen BRD – Polen ein. Eine Besonderheit der »Lausitzer Rundschau« stellen die regelmäßig erscheinenden Schlesien-Seiten dar. Auf diesen, eigentlich Land und Leuten der Schlesischen Lausitz gewidmeten Seiten erscheinen häufiger kleine Beiträge zur schlesischen Geschichte, die natürlich auf Schlesien in seiner historischen Dimension Bezug nehmen.

e) Deutsch-polnischer Alltag

Die neben mehr oder weniger offiziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wesentlichen Kontakte zwischen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, zwischen Vereinen oder auch einzelnen Bürgern werden vor allem in der Görlitzer Ausgabe der Sächsischen Zeitung intensiv reflektiert, in den anderen Zeitungen werden sie eher hinreichend bis gering betrachtet.

Eine außerordentlich bescheidene Rolle spielen insbesondere die Kontakte zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen. Hier werden allenfalls, und dann auch nur in Form einer Nachricht, Kontakte zwischen Universitäten und wissenschaftlichen Bibliotheken erwähnt. Ein längerer Bericht der »Lausitzer Rundschau« über das anspruchsvolle Projekt einer deutsch-polnischen Europa-Universität bezieht sich nicht auf eine sächsische Hochschule, sondern auf die Viadrina im brandenburgischen Frankfurt/Oder.

Breiter ist die Berichterstattung über das Auftreten polnischer Künstler und künstlerischer Ensembles in Deutschland. Aber auch dabei treten auffällige Lücken zutage: Es gibt kaum Rezensionen, geschweige denn eine tiefergehende Behandlung polnischer Literatur oder des polnischen Films und offenbar auch keine interessanten Kontakte zwischen den Schriftstellern und Filmleuten der beiden Länder. Das gleiche trifft für Malerei, Gra-

29 Siehe Honecker wollte Polen-Einmarsch. In: »Lausitzer Rundschau«. Ausgabe Hoyerswerda vom 9. Januar 1993.

fik, Buchkunst zu. Bis auf einen, allerdings sehr informativen Artikel über eine Ausstellung polnischer Buchkunst in Leipzig kaum eine Nachricht.

Wenig wird zum deutsch-polnischen Jugendaustausch veröffentlicht. Die »Lausitzer Rundschau« berichtet interessant von einem Besuch polnischer Schüler in einem Gymnasium in Hoyerswerda³⁰ und der polnische Generalkonsul erhält in der »Freien Presse« Gelegenheit, einmal ausführlicher über Jugendaustausch, Kinder aus deutsch-polnischen Ehen und seinen Vorschlag zu sprechen, zumindest an einigen Schulen im Freistaat die Sprache des östlichen Nachbarlandes zu lehren³¹.

Auf die Initiative der rührigen Deutsch-Polnischen Gesellschaft Sachsen e. V. dürfte es zurückgehen, daß deren Vorsitzende, Frau Elzbieta Zimmermann, in der »Lausitzer Rundschau« und in der »Leipziger Volkszeitung« ausführlich über deutsch-polnische Begegnungen und Geschichte, über die Aktivitäten der kleinen Gesellschaft und über Gedanken einer in Sachsen lebenden Polin plaudern kann.³²

f) Vom Leben in einer Grenzstadt

Die für Deutschland und den Freistaat Sachsen eingangs bereits verdeutlichte Situation im Verhältnis zu Polen bündelt sich in den beiden Grenzstädten Görlitz – Zgorzelec und ihrem Umfeld wie in einem Brennglas. Das heißt, daß natürlich auch die historische und geographische Situation auf das Zusammenleben der Menschen zurückwirkt, daß die Ereignisse in einer Grenzstadt das Leben der Bürger beeinflussen und daß das Wissen über die andere Stadt und das Leben in ihr ein verständliches Bedürfnis ist. In der Untersuchung interessierte uns deshalb besonders, wie die Görlitzer Lokalredaktion der »Sächsischen Zeitung« in ihrer Arbeit dem Themenfeld der deutsch-polnischen Beziehungen Rechnung trägt.

Täglich 3½ Seiten »Görlitzer Nachrichten« – Berichterstattung über das gesamte Spektrum des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt Görlitz und ihrem Umland – bedeuten zunächst, daß dem Verhältnis zwischen Görlitz und Zgorzelec nur ein bestimmter Platz in der Zeitung zukommen kann. Die Tatsache, daß rund ein Drittel aller Beiträge, die in der Ausgabe Görlitz

30 Siehe »Lausitzer Rundschau«. Ausgabe Hoyerswerda vom 13. Februar 1993.

31 Siehe »Freie Presse«. Ausgabe Zwickau vom 26. November 1992.

32 Siehe »Lausitzer Rundschau«. Ausgabe Hoyerswerda vom 17. Februar 1993. – »Leipziger Volkszeitung« vom 13. Dezember 1992.

der »Sächsischen Zeitung« im Analysezeitraum veröffentlicht wurden, im Regionalteil erschienen, läßt die Feststellung zu, daß dem Thema erhebliche Bedeutung zugemessen wird und daß die Redaktion dem Erfordernis quantitativ auch gerecht wird.

Aus der Gesamtlage des regionalen Teils der SZ ergibt sich auch, daß die Mehrzahl der Beiträge Nachrichten und Berichte sind. Ein Grund dafür ist nicht zuletzt die hohe Arbeitsbelastung der Redakteure. Längere und aufwendigere Beiträge wie Reportage oder Porträt sind weder im Zeitbudget der Journalisten noch auf dem vorhandenen Platz unterzubringen. Überdies sind andere Gründe zu nennen: Das Sprachproblem erweist sich bei Recherchen in Zgorzelec als Barriere.

Der aufmerksame Leser dieses Teils der Sächsischen Zeitung – regionaler Information wird bei der Zeitungsrezeption erwiesenermaßen ein hoher Stellenwert zugeordnet – kommt insgesamt zu dem Eindruck, daß sich das Leben in der Grenzstadt in »ganz normalen Bahnen« bewegt. Das gelingt der Redaktion durch eine möglichst breite Berichterstattung aus vielen gesellschaftlichen Bereichen. So gibt es Beiträge über wirtschaftliche Kontakte von Unternehmen, das Zusammenwirken von Wissenschaft und Kultur (gemeinsame Veranstaltungen, Auftritte polnischer Künstler in Görlitz), den Jugendaustausch, gemeinsame Aktivitäten der beiden Stadtverwaltungen und Stadtparlamente, die Lichterketten am Jahresende und weitere Aktivitäten gegen Gewalt und für Toleranz.

Ein wichtiger Schritt beim Erfassen des »normalen« Lebens links und rechts der Neiße ist die Einführung der Rubrik »Aus Zgorzelec und Umgebung« gewesen, die seit November 1992 regelmäßig erscheint und für die man sich der Mitarbeit einer polnischen Korrespondentin, einer Lehrerin aus Zgorzelec, versicherte. Darüber hinaus gibt es in der Görlitzer Redaktion aber noch weitere Überlegungen, die Berichterstattung über das Leben »auf der anderen Seite« zu verbessern und zu gemeinsamen Problemen der beiden Städte auch die Sicht der Bürger rechts und links der Neiße deutlich zu machen.

Zum Leben in Görlitz gehören aber auch Belastungen für die Bevölkerung, die sich aus der Situation an der östlichen Grenze Deutschlands, gegenwärtig noch einer Außengrenze der Europäischen Union, ergeben. Grenzkontrollen besonders beim LKW-Verkehr führen zu großen Problemen; das offensichtlich größer werdende soziale Gefälle führt zum sogenannten »Mülltourismus«. Auch diese Probleme finden sich in der Zeitung wieder, ebenso wie kriminelle Delikte polnischer Bürger. Die Redaktion legt dabei jedoch äußersten Wert auf eine ausgewogene, sachliche und diffe-

renzierende Berichterstattung. Ausbleibende Kritik seitens der Leser spricht für die Realität des vermittelten Bildes.

Insgesamt, dies verdeutlichen die Ergebnisse der quantitativen wie auch der qualitativen Analyse, nimmt die Berichterstattung über die vielfältigen Beziehungen zwischen Görlitz und Zgorzelec auf den lokalen Seiten der Zeitung einen ihrer Bedeutung entsprechenden Platz ein – fügt sie dem gesellschaftlichen Leben der Grenzstadt, besser: der Stadt in der Euroregion Neiße, ein freundlich leuchtendes Mosaiksteinchen hinzu. Insofern kann man den Redakteuren der »Görlitzer Nachrichten« zubilligen, daß sie einen bescheidenen, aber wesentliche Beitrag zu Entwicklung einer guten Nachbarschaft zwischen deutschen und polnischen Menschen in der Region Neiße leisten.

Zu den Autoren dieses Heftes

Wojciech Wieczorek (geb. 1928); Studien im Fach Journalistik und Soziologie in Krakau. Seit 1958 arbeitete er in der Redaktion der katholischen Monatszeitschrift »Wież« in Warschau (1958 unter der Redaktion von Tadeusz Mazowiecki gegründet), zuerst als Redaktionssekretär, dann stellvertretender Chefredakteur und 1981 bis 1989 als Chefredakteur. Verfasser zahlreicher Publikationen zu gesellschaftlichen, sozial-religiösen und internationalen Themen. Teilnehmer am Dialog der katholischen und christlichen Kreise Polens, der BRD und der DDR. Juli bis Oktober 1990 Botschafter der Republik Polen in der DDR. Nach der Vereinigung Deutschlands bis November 1991 Leiter der Berliner Vertretung der Botschaft der Republik Polen in der BRD. Seit 1993 Vorsitzender des Rates der Stiftung »Kryzowka« für europäische Verständigung.

Gerhard Voigt (geb. 1944); Oberstudienrat (Politik, Geographie) an der Bismarckschule Hannover, Vorsitzender des Verbandes der Politiklehrer e. V., Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Polen, Türkei, Islam, Interkulturelle Bildung. Tätig als Referent in der niedersächsischen Lehrerfortbildung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung Hannover und in Lehrerfortbildungsveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und in anderen Bundesländern. Seit 1977 in Schulreform- und Rahmenrichtlinienkommissionen beim niedersächsischen Kultusminister tätig. An der Bismarckschule Hannover beteiligt am Schulpartnerschaftsprogramm mit dem V. Liceum in Posen (Polen) und seit 1985 am Aufbau einer Schulpartnerschaft mit der Istanbul Lisesi (Türkei). Regelmäßige Studienfahrten nach Polen und in die Türkei. Publikationen über Polen, Geographie- und Politikdidaktik, Interkulturelles Lernen, Rechtsradikalismus und anderes mehr.

Dr. rer. pol. Peter Hamann (geb. 1938); Leipzig, ist Journalist und Medienwissenschaftler. Von 1965 bis 1990 forschte und lehrte er an der Sektion Journalistik der damaligen Karl-Marx-Universität zur Kritik der Manipulation sowie zur Typologie und Methodik des Zeitungsjournalismus. Ab 1991, von der Universität verdrängt, wandte er sich vor allem inhaltsanalytischen Untersuchungen der deutschen Tagespresse zu und publizierte u. a. zum Bild des Ausländers in den sächsischen Regionalzeitungen und der »Bild«-Zeitung. Die hier veröffentlichte Arbeit über die Darstellung Polens in deutschen Führungszeitungen und in der sächsischen Regionalpresse entstand im Rahmen der beim Rosa-Luxemburg-Verein angesiedelten Projektgruppe »Toleranz und Völkerverständigung. Sächsisch-polnische Nachbarschaft«.

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

»Mitteilungen«

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3–5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külöw/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6–8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9–15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16–24. – Erste Presseresonanz. S. 25–28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5–17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18–27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28–32. – Informationen des Vorstandes. S. 33–35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismuskforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3–16. – Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17–30. – Informationen des Vorstandes. S. 31–33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3–10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11–19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20–31. – Informationen des Vorstandes. S. 32–34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5–16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Deutschland«? S. 17–35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36–44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872–1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5–46.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5–34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35–50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51–52.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5–9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11–16. – Faksi-

miles. S. 17–35. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37–40. – Personalia. S. 41–47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47–51.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 58 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 – 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7–11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11–13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13–14. – Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15–16. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17–39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41–55.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.] – *Heft 13. Leipzig 1993. 54 S.* [Enthält: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. – Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5–6. – Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7–14. – Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15–25. – Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27–39. – Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41–48. – Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen ›Chinesische Wall‹. Die DDR im Zwielficht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49–50. – Personalia. S. 51.] – *Heft 14. Leipzig 1993. 66 S.* [Enthält: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV. – Hans Jürgen Friederici: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« S. 5–14. – Hans Jürgen Friederici: »Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...« Vor 130 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. S. 15–20. – Helmut Hirsch: Marxens Verhältnis zu Lassalle. S. 21–28. – Wolfgang Schröder: Zur Position des ADAV im Geschichtsbild. Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei. S. 29–38. – Volker Külow: Anmerkungen zur Geschichte des Lassalle-Nachlasses. S. 41–43. – Henrike Dietze: »Lassalle im Leipziger Stadtparlament« – ein Trauerspiel in mehreren Akten. S. 45–50. – Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle. S. 51–52. – Personalia. S. 53–61.] – *Heft 15. Leipzig 1994. 83 S.* [Enthält: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. – Heinrich Gemkow: Grußwort. S. 5–7. – Rolf Dlubek: Marx als Politiker in den ersten Jahren der Internationalen Arbeiterassoziation. Zum Erscheinen von Band I/20 der MEGA. S. 9–26. – Martin Hundt: Am Ursprung kommunistischer Parteipraxis. Über das Entstehen einer Monographie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. S. 27–42. – Volker Külow: Ein Gedenkbuch und mehr. S. 43–60. – Heinrich Gemkow: Statt einer Schlußbemerkung. S. 61–62. – Personalia. S. 63–70. – Chronik April bis Dezember 1993. S. 71–77.] – *Heft 16. Leipzig 1995. 55 S.* [Enthält: Walter Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie. S. 5–42. – Chronik Januar bis Juni 1994. S. 46–50.]

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Wolfgang Geier: Wahrnehmungsschwierigkeiten. Über (West-) Deutsche Sichtweisen auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas. S. 7–26. – Lutz-Dieter Behrendt: Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen. S. 27–51. – Willi Beitz: Zur Debatte über Einheit oder Teilung der russischen Literatur unter vergleichend-typologischem Aspekt. S. 54–68.] – *Heft 2: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S.* [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Erhard Crome: Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte. S. 7–17. – Eckart Mehls: Zum Transformationsprozeß in Polen. Bemerkungen eines Historikers. S. 19–35. – Bernd Koenitz: »Wir sind ein kleines Volk«. Zu den Existenzbedingungen der tschechischen Nation und ihren Wirkungen. S. 37–53. – Dietmar Endler: Südslawische Literaturen im Spannungsfeld zwischen nationaler Identitätssuche und zwischennationalen Gemeinsamkeiten. S. 55–69. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 71–76.] – *Heft 3: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S.* [Enthält: Vorwort. S. 5–6. – Jörg Roessler: Ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa – eine vergleichende Betrachtung. S. 7–36. – Ernstgert Kalbe: Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien. Thesen. S. 37–53. – Erhard Crome: Politische Konstellationen im ungarischen Umbruch. S. 55–74. – Sarkis Latchinian: Der Konflikt um Berg-Karabach. Hintergründe und Aussichten. S. 75–95. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 97–109.]

Rohrbacher Manuskripte

Heft 1: Globale Probleme im Meinungsstreit. Leipzig 1995. 84 S. [Enthält: Vorwort. S. 5 bis 7. – Rudolf Rochhausen: Ist unser Planet noch zu retten? S. 9–32. – Gerhard Poppei: Die globalen Dimensionen der Energie. S. 33–47. – Gerhard Guhn: Alternative Energien. S. 49–58. – Reinhard Grienig: Globale Zivilisationskrise – gibt es einen Ausweg? S. 59–67. – Manfred Jödecke: Dialog als lokales Problem (menschlichen) Überlebens. S. 69–72. – Kurt Reiprich: Wissenschaft und Wert. S. 73–78.] – *Heft 2: Beiträge zur Methodologie der Wissenschaften. Leipzig 1996. 112 S.* [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Rudolf Rochhausen: Gibt es einen methodologischen Dualismus zwischen Natur- und »Geisteswissenschaften«? S. 9–19. – Wolfgang Jantzen: Diagnostik, Dialog und Rehistorisierung: Methodologische Bemerkungen im Zusammenhang von Erklären und Verstehen im diagnostischen Prozeß. S. 21–40. – Manfred Jödecke: Paradigmenwechsel in der Sonderpädagogik oder wider den methodischen Reduktionismus. S. 41–48. – Horst Pickert: Methoden in der Philosophischen Anthropologie der Gegenwart. S. 49–58. – Gerhard Poppei: Entwicklung und Entropie. Selbstorganisation, Strukturbildung und Entropieproduktion. Reflexionen über ein womöglich allgemeingültiges Prinzip. S. 59–69. – Hans Eigler: Methoden bei der Entwicklung und Überleitung mikroelektronischer Bauelemente und Mikrosysteme und ihr Gültigkeitsbereich. S. 71–80. – Jan-Peter Domschke: Die Rezeption philosophischer Auffassungen von Natur- und Technikwissenschaftlern in der Philosophie. S. 81–90. – Roland Opitz: Russische Schrifsteller in der deutschen Emigration. S. 91–101.]

Texte zur Hochschulpolitik

Heft 1: 4. Alternativer Hochschultag (11. März 1995). Leipzig 1995. 124 S. [Enthält: Werner Bramke/Giesela Neuhaus: Vorwort. S. 5. – Torsten Bultmann: Zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. S. 7–11. – Markus Gunkel: Die gesellschaftlichen Widersprüche bleiben ausgeblendet. S. 13–17. – Barbara Höll: Frauen in der Wissenschaft. S. 19–21. – Astrid Franzke: Frauen unter Hochschulgesetzen. S. 23–32. – Rainer Rilling: Mit der Datenauto-bahn in den Elfenbeinturm? S. 35–40. – Peter Döge/Brigitte Fenner: Orientierungspunkte und Leitlinien einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik. S. 41–56. – Peer Pasternack: Die Zusammenführung der Defizite. Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. S. 57–64. – Siegfried Kiel: Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulerneuerung. S. 65–70. – Ludwig Elm: Aufarbeitung von Vergangem als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen. S. 71–80. – Werner Bramke: Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz. S. 81–88. – Uwe Hirschfeld: Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit. Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven. S. 89–97. – Werner Grahn: Hochschulen und Staat in Thüringen. S. 99–101. – Andreas Trunschke: Brandenburgische Hochschulreformen in der Krise. S. 103–114.]

Texte zur Literatur

Heft 1: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Beiträge zur Hölderlin-Rezeption. Leipzig 1994. 72 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Johannes R. Bechers Hölderlinbilder. S. 7–32. – Klaus Pezold: »So kam ich unter die Deutschen«. Stationen und Probleme der Hölderlin-Rezeption im Deutschland des 20. Jahrhunderts. S. 33–48. – Günter Mieth: Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970. S. 49–65. – F. A.: [Annotation zu:] Gregor Wittkop (Hrsg): Hölderlin. Der Pflegsohn. Texte und Dokumente 1806–1843 mit den neu entdeckten Nürtinger Pflegschaftsakten. Stuttgart, Weimar 1993. S. 66–67.] – *Heft 2: Verbrannt, verboten, verbannt. Vergessen? Kolloquium zum 60. Jahrestag der Bücherverbrennung von 1933. Leipzig 1995. 76 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Vernichtungssymbol und Mobilmachungssignal. Zum ideologiegeschichtlichen Ort der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933. S. 7–28. – Hans Jürgen Friederici: Bücherverbote und Bücherverbannung in der Buchstadt Leipzig. S. 29–36. – Aus der Diskussion: Anneliese Feurich: Erinnerung an Karl Barth. S. 37–38. – Wolfgang U. Schütte: Bücherverbrennung 1933 und Büchervernichtung 1989/1990. S. 39–41. – Juliane Krummsdorf: Probleme einer Bibliothekarin im Umgang mit Schwarzen Listen, Schandpfehl und Autodafé. S. 42–46. – Frank Andert: Tucholsky auf den Müll? S. 47–51. – Rahel Springer: Der Verlust von Büchern war schmerzlicher als der von Möbeln. S. 52–53. – Rudolf Scholz: »Verbrannt, verboten, verbannt. Vergessen? Rede zur Eröffnung der gleichnamigen Ausstellung, gehalten am 8. März 1993 im Gebäude des Sächsischen Landtages in Dresden. S. 55–63. – Personalia: Prof. Dr. sc. phil. Alfred Klein zum 65. Geburtstag. S. 67 bis 70.]

Texte zur politischen Bildung

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 8:* Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 5–38. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39–52. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 53–55.] – *Heft 9:* Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. – *Heft 10:* Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen. Leipzig 1994. 55 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. S. 5–15. – Eva Seeber: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17–58 [Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verfasser auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.] – Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto. S. 59–61.] – *Heft 12:* Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. – *Heft 13:* Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990). Leipzig 1994. 92 S. – *Heft 14:* Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. – *Heft 15:* Sarkis Latchinian: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. – *Heft 16:* Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Pätzold, Horst Schneider und Gustav Seeber. Leipzig 1994. 89 S. [Enthält: Nora Goldenbogen: Zum Geleit. S. 5–6. – Gustav Seeber: Zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus im Kaiserreich. S. 7–16. – Karl-Heinz Gräfe: Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR der 20er und 30er Jahre. S. 17–23. – Horst Schneider: Pogromnacht in Dresden. S. 25–30. – Kurt Pätzold: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet«. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. S. 31–50. – Helmut Eschwege: Zur Deportation alter Juden mit »Heimeinkaufsverträgen« 1942–1945. S. 51–73. – Nora Goldenbogen: »Schonungslos den kranken Kern aufdecken ...« Zu Problemen des Antisemitismus und seiner Rolle in den »Säuberungen« in Sachsen 1949–1953. S. 75–83.] – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. –

Heft 18: Kurt Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 19:* Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. 92 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa.« Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 22:* Andrea Fischer-Tahir, Christian Pommerening: Zwischen Aufstand und Flucht. Zur jüngeren Geschichte Irakisches Kurdistan. Leipzig 1996. 106 S.

Texte zur Philosophie

Heft 1. Leipzig 1994. 42 S. [Enthält: Helmut Seidel: Zum Geleit. S. 5. – Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. S. 9–34. – Debatten, Kolloquia und Vorträge im Philosophischen Arbeitskreis. S. 37–38.] – *Heft 2. Leipzig 1996. 35 S.* [Enthält: Claus Träger: Johann Gottfried Herder und der Fortschritt als Beförderung der Humanität. S. 5–28.]

Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hrsg. von Jochen Cerný, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S.

[Enthält: Vorwort. S. 7–8. – Dieter Wittich: Ideologische, methodische und pragmatische Aspekte des Berichtes der Enquete-Kommission. S. 9–18. – Stefan Bollinger: »Geschichtsaufarbeitung« – Machtinstrument oder Erkenntnishilfe? Einige Anmerkungen. S. 19–28. – Günter Benser: Bundestagsdrucksache 12/7820 – auch methodisch ein Dokument voller Widersprüche. S. 29–39. – Harald Neubert: Die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit im internationalen Bedingungsgefüge (Thesen). S. 41–48. – Jürgen Hofmann: Deutschlandpolitik als bundesdeutsche Einbahnstraße. Nachtrag zu einem defizitären Kapitel des Abschlußberichtes. S. 49–67. – Hans Jürgen Friederici: Das Thema »Antifaschismus« im Enquete-Bericht – Kritische Anmerkungen. S. 69–75. – Jörn Schüttrumpf: Einige ungeplante und trotzdem nicht vermeidbare Bemerkungen zu Hans Jürgen Friederici. S. 77–80. – Manfred Weißbecker: Nachdenken über den Antifaschismus. S. 81–98. – Ernst Wurl: Die »SED-Diktatur«. Überlegungen im Kontext einer Kritik des Begriffs aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. S. 99–121. – Walter Friedrich: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? S. 123–147. – Volkmar Schöneburg: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat? Vier Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-Klassifikation. S. 149–161. – Bernd Okun: Inwieweit ist der Herbst 1989 »identitätsstiftend« für das vereinte Deutschland? Einige Überlegungen. S. 163–168. – Autorenverzeichnis für Band V. S. 169. – Inhaltsverzeichnis für die Bände I–V. S. 171–177.]